

SI  
FO

# SICHERHEITS FORSCHUNG

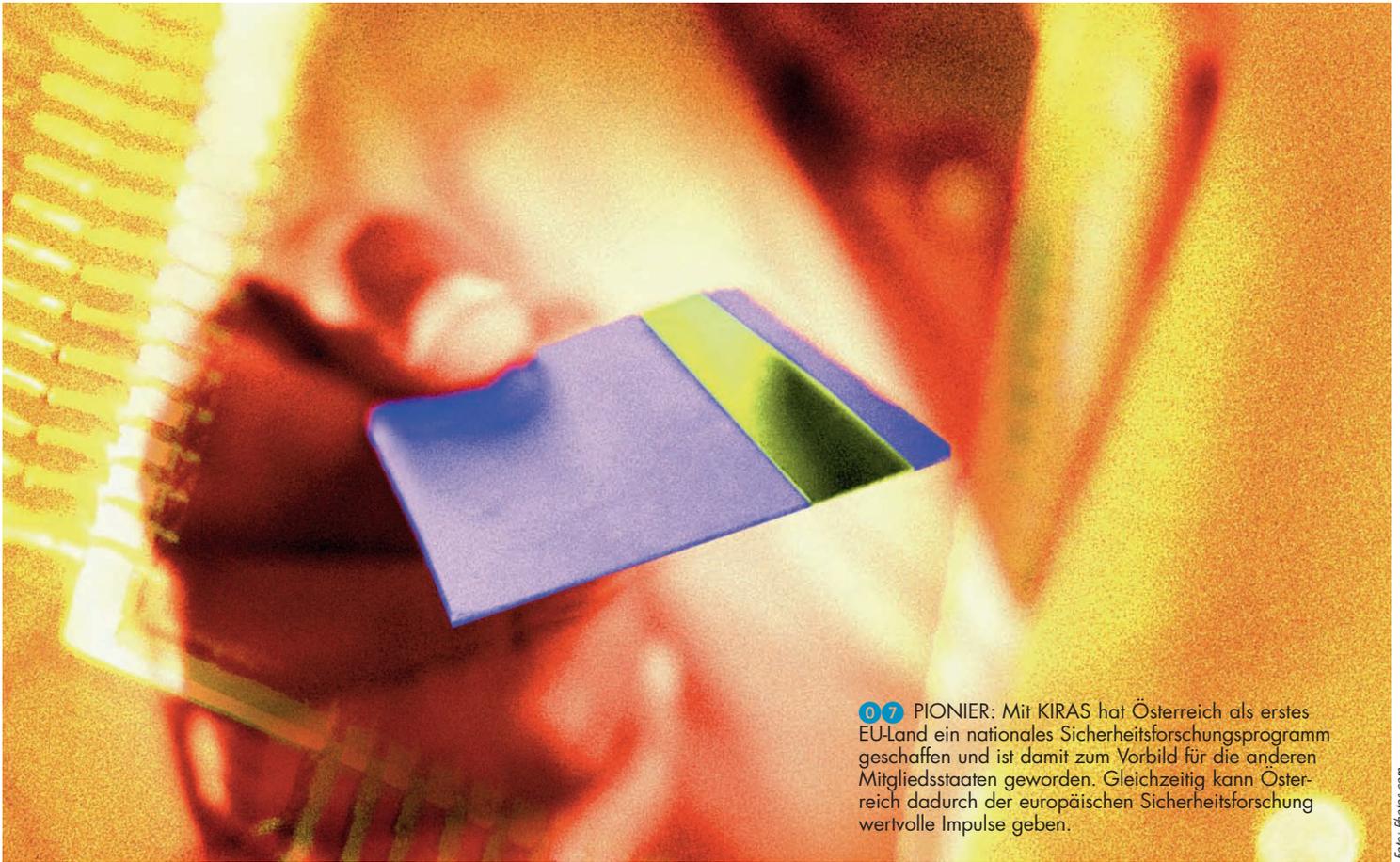
AUSTRIA INNOVATIV  
SPEZIAL

mit Unterstützung durch das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

3a/2008 • Erscheinungsort Wien • Verlagspostamt 1110 Wien • P.b.b. • 02Z031058M



**Wissenscha(f)t**  
Sicherheit



**07 PIONIER:** Mit KIRAS hat Österreich als erstes EU-Land ein nationales Sicherheitsforschungsprogramm geschaffen und ist damit zum Vorbild für die anderen Mitgliedsstaaten geworden. Gleichzeitig kann Österreich dadurch der europäischen Sicherheitsforschung wertvolle Impulse geben.

Foto: Photos.com



Foto: Klabbauer

**05 VORWORT:** Forschungsstaatssekretärin Christa Kranzl freut sich über das große Interesse an KIRAS.

**15 SCHUTZ UND GEBORGENHEIT:** Sicherheit ist ein persönliches und subjektives Gefühl der Menschen und kein mittels Datenmaterial belegbarer Zustand. Selbst bei deutlichem Rückgang von Straftaten bzw. in Phasen ohne größere Katastrophen kann das Sicherheitsbedürfnis steigen.



Foto: Photos.com



Foto: Photo.com

**2 3 AWARENESS:** Die heimische Bevölkerung steht Sicherungsmaßnahmen, wie etwa der Videoüberwachung, durchaus positiv gegenüber. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Mitropa-Untersuchung, aus der Mitropa-Leiter und Ex-Innenminister Karl Blecha die interessantesten Ergebnisse kommentiert.



Foto: Photo.com

**2 9 SECURITY-AUSGABEN:** Laut einer aktuellen Studie geben öffentliche Stellen in Österreich rund eine Milliarde Euro für den Schutz kritischer Infrastrukturen aus. Damit liegt unser Land international im Spitzenfeld.

# Inhalt

- 0 5** Vorwort Christa Kranzl: Sicherheit garantieren
- 0 6** Vorwort Gernot Grimm: Ganzheitlicher Ansatz
- 0 7** Sicherheitsforschung: Österreich mit Vorreiterfunktion
- 1 0** Die Richtung stimmt
- 1 1** Manipulationsfreie IT-Infrastruktur
- 1 2** KIRAS: Ausgewählte Förderprojekte
- 1 5** Alle dafür, keiner dagegen – Sicherheit als politische Erfolgsgarantie
- 1 9** Sicherheit wächst – Skepsis bleibt
- 2 3** Überwachung, aber mit Augenmaß
- 2 6** Sicherheitswirtschaft: Boomender Industriezweig
- 2 9** Österreich investiert massiv in Sicherheit
- 3 2** Ziel: kalkulierbares Risiko
- 3 4** Europas Weg zu noch mehr Sicherheit
- 3 7** Heimische Impulse für Europas Sicherheitsforschung
- 4 0** Top-Performance am internationalen Förderparkett
- 4 3** TRANSNASEC als „Missing Link“
- 4 7** Service: Vom Antrag zur Förderung

# Editorial

Unter Sicherheit versteht der Eine völlig angstfrei auch nachts in der ganzen Stadt unterwegs sein zu können. Der Andere fühlt sich sicher, wenn seine Pension auch weiterhin ausreicht, den gewohnten Lebensstandard zu sichern. Und der Dritte wiederum ist dann beruhigt, wenn sein Haus vor drohenden Überschwemmungen geschützt ist. Wie diese Beispiele andeuten, ist Sicherheit ein sehr breit gestreuter Begriff, der in praktisch jeden Aspekt des täglichen Lebens hineinspielt. Dementsprechend umfassend muss auch die Sicherheitsforschung betrieben werden, will sie allen Ansprüchen gerecht werden. Mit seinem Sicherheitsforschungsprogramm KIRAS ist dem Bundesministerium für Verkehr, Infrastruktur und Technologie (BMVIT) ein derart ganzheitlicher Ansatz gelungen.

Mit dieser zweiten Ausgabe der Broschüre „Sicherheitsforschung“ halten Sie jetzt die Fortsetzung zu diesem Thema in der Hand. In der ersten Ausgabe ging es noch darum, KIRAS und seine Grundlagen umfassend darzustellen, die Entstehung der Sicherheitsforschung auf EU-Ebene und die Verflechtung mit den nationalen Programmen aufzuzeigen (das erste Heft können Sie als PDF in Deutsch und Englisch aus dem Internet herunterladen, den Link finden Sie in der Rubrik „Service“ auf Seite 47). Das aktuelle Heft geht einen Schritt weiter: Vielversprechende Ansätze, die derzeit verfolgt werden, geben dem abstrakten Begriff Sicherheitsforschung ein Gesicht, mit SteglIT gibt es auch das erste erfolgreich abgeschlossene KIRAS-Projekt. Mehr dazu erfahren Sie ab Seite 11. Neu ist auch, dass



sich gleich zwei Studien erstmals mit der wirtschaftlichen Bedeutung der Sicherheitsforschung für Österreich befasst haben. Die Untersuchung der PlanConsult Holding hat sich dabei intensiv mit jenen Firmen auseinandergesetzt, die für die öffentliche Sicherheit, im Sinne des englischen Begriffs „Security“, Produkte und Dienstleistungen anbieten. Die Studie von 4C foresee wiederum hat die Nachfrageseite untersucht und ermittelt, wie viel die heimischen Bedarfsträger – öffentliche Stellen und Blaulichtorganisationen – pro Jahr für Security ausgeben (ab Seite 26 bzw. Seite 29). Ein weiterer Studienschwerpunkt widmete sich der Frage, wie sicher sich die Österreicherinnen und Österreicher fühlen und wie sehr sie Überwachung akzeptieren. Die Ergebnisse sind durchaus überraschend (ab Seite 19).

Österreich ist mit KIRAS international Vorreiter und Vorbild für andere Staaten, die ebenfalls ein nationales Sicherheitsforschungsprogramm entwickeln. Damit hat Österreich auch die europäische Sicherheitsforschung entscheidend geprägt. Ein eigener Schwerpunkt befasst sich daher mit dem 7. Forschungsrahmenprogramm der EU, das erstmals auch die Sicherheitsforschung als elementaren Bestandteil enthält. Ab Seite 34 erfahren Sie mehr über den aktuellen Stand der EU-Forschung, die beteiligten Gremien und wie Österreich mit einem sogenannten ERA-NET die Forschung auf nationaler und auf EU-Ebene miteinander verknüpfen will.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen das  
**SIFO-Redaktionsteam**

# Sicherheit garantieren



Foto: Klobeser

*Forschungsstaatssekretärin  
Christa Kranzl freut sich  
über das große Interesse  
an KIRAS*

Aktuelle Umfragen bestätigen neuerlich, dass sich die Österreicherinnen und Österreicher in ihrem Land sicher und wohl fühlen. Allerdings zeichnet sich auch zunehmend die Sorge ab, dass die Sicherheit mittel- oder langfristig nicht auf dem gewohnt hohen Niveau gehalten werden könnte. Auslöser dafür scheinen unter anderem geopolitische Veränderungen wie das Ende der Grenzkontrollen im Zuge der Schengen-Erweiterung Richtung Osten – und damit verbunden die Angst vor mehr Kriminalität zu sein. Wenn man sich mit Themen wie diesen beschäftigt, dann geht es hauptsächlich darum, wie man die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger erhalten, wenn nicht sogar steigern kann. Daher darf man sich in Österreich nicht ausruhen, sondern muss danach trachten, dass auch in Zukunft hierfür entsprechend Sorge getragen wird. Hier ist insbesondere auch die Sicherheitsforschung gefordert, geeignete Maßnahmen zu entwickeln, die sowohl der subjektiven als auch objektiven Verbesserung der Sicherheit dienen.

Aus diesem Grund hat das BMVIT mit KIRAS ein nationales Sicherheitsforschungsprogramm initiiert, das sich genau mit dieser Frage auseinandersetzt und die Suche nach geeigneten Lösungen unterstützt. Bis 2013 stehen dafür insgesamt rund 110 Millionen Euro zur Verfügung. Das große Interesse an diesem Programm dokumentiert nicht nur die starke Beteiligung an dem im Vorfeld gestarteten Call for Expressions of Interest, sondern auch die hohe, bis zu 3,5-fache Überzeichnung der bisherigen Ausschreibungen. Erfreulich ist, dass der Anteil von KMUs rund ein Drittel an den bisherigen Beteiligungen ausmacht. Diese profitieren dabei überproportional von der „Flagschiffunktion“ der öffentlichen Bedarfsträger, die verpflichtend in jedes Projekt eingebunden sind. Damit ist die Sicherheitsforschung auch für den Wirtschaftsstandort Österreich von großer Bedeutung, der durch einen besonders hohen Anteil an KMUs charakterisiert ist.

Mehr Sicherheit darf aber niemals auf Kosten der Privatsphäre oder gar der Bürgerrechte gehen. Damit wir schon vorab erkennen, welche Auswirkungen Sicherheitsmaßnahmen auf die Menschen und ihre Grundrechte haben, steht bei der Sicherheitsforschung nicht nur die Entwicklung von neuartiger Technologie im Vordergrund. Man verfolgt vielmehr einen ganzheitlichen Ansatz: Die Einbeziehung der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften (GSK) sorgt dafür, dass der Mensch ständig im Mittelpunkt bleibt. Er ist hier gleichberechtigter Partner mit der Technologie. So können potenzielle Konflikte schon im Vorfeld vermieden bzw. effizient gelöst werden. Dieser multidisziplinäre Ansatz trägt eine ganz deutliche rot-weiß-rote Handschrift. Denn so wie er nun im europäischen Sicherheitsforschungsprogramm verankert worden ist, wird die Einbindung der GSK in Österreich schon lange gelebt.

# Ganzheitlicher Ansatz



Foto: BMVIT

*Gernot Grimm, Leiter der Stabsstelle für Technologietransfer und Sicherheitsforschung im BMVIT, sieht KIRAS als Schlüssel für die Sicherheit von morgen.*

Österreich hat mit seinem nationalen Forschungsförderungsprogramm KIRAS als erstes europäisches Land eine Förderinitiative für die Sicherheitsforschung gestartet. Der Name kommt aus dem Griechischen und setzt sich zusammen aus den Worten „kirkos“ (Kreis) und „asphaleia“ (Sicherheit). Der Kreis ist in diesem Fall als integrativ zu verstehen, da im Rahmen von KIRAS alle Disziplinen und Dimensionen eingeschlossen werden.

Bereits bei der Konzeption im Jahr 2005 war es Ziel von KIRAS, durch Forschung und Entwicklung neue Impulse für innovative neue Technologien und die Generierung von Wissen für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit („Security“) von morgen zu setzen. Das österreichische Sicherheitsforschungsprogramm unterstützt die nationale Forschung, deren Ergebnisse dazu beitragen, die Sicherheit im Sinne von Security als dauerhafte Gewährleistung eines hohen Niveaus an Lebensgrundlagen und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Mitglieder der Gesellschaft zu erhöhen. Ein besonderer Aspekt ist hier das Einbeziehen der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften (GSK), die bereits bei der Planung eines jeden Projekts seine möglichen Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Grundrechte der Bürger untersuchen.

KIRAS fühlt sich zwar den forschungspolitischen Ansätzen wie der Schaffung von Exzellenz und Technologie verpflichtet, gleichzeitig versucht dieses Programm dem hochsensiblen gesamtpolitischen Thema Sicherheitsforschung mit all seinen sicherheits-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Aspekten gerecht zu werden. Basis für einen solchen Ansatz ist die Einbeziehung aller relevanten Gruppen: Dafür werden von Forschung und Entwicklung über die österreichischen Unternehmen bis hin zu den politischen Verantwortungs- bzw. Bedarfsträgern alle relevanten Firmen und Institutionen erfasst und zusammengeführt.

Da sich KIRAS der Sicherheitspolitik verpflichtet fühlt, wird nicht nur der For-

schungsbedarf der sicherheitspolitisch relevanten Ressorts für die Festlegung neuer Ausschreibungsschwerpunkte laufend erhoben, sondern die öffentlichen Bedarfsträger verpflichtend in jedes Projekt miteingebunden. Damit wird nicht nur den sicherheitspolitischen Vorgaben Rechnung getragen, sondern gleichzeitig dafür gesorgt, dass nicht am Bedarf vorbeigeforscht wird. Dabei handelt es sich nicht um einen Markt im klassischen Sinne, weil der Markt für securityrelevante Produkte und Dienstleistungen durch die Dominanz bis nahezu Monopolstellung der öffentlichen Beschaffung („Öffentliches Gut Sicherheit“) gekennzeichnet ist.

Durch Forschung, die an deren Bedarf orientiert ist, wird sichergestellt, dass in Zukunft benötigte, marktfähige technologische Produkte und Dienstleistungen entwickelt werden und nicht nur Forschung um der Forschung Willen betrieben wird. Damit werden mit den verwendeten Mitteln auch nachvollziehbare volkswirtschaftliche Effekte, wie die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, erzielt und Wertschöpfung im Inland gewährleistet. Dies stellt letztlich sicher, dass Steuergeld auf eine sinnvolle Art und Weise verwendet wird. Allein im ersten Call für die Programmlinie zwei (Dezember 2006 bis Februar 2007) wurden 48 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 30 Millionen Euro eingereicht. Damit wurden knapp 500 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert. Mehr über seine Besonderheiten erfahren Sie ab Seite 7.

# Sicherheitsforschung: Österreich mit Vorreiter-Funktion

**PIONIER.** Mit KIRAS hat Österreich als erstes EU-Land ein nationales Sicherheitsforschungsprogramm geschaffen und ist damit zum Vorbild für die anderen Mitgliedsstaaten geworden. Gleichzeitig kann Österreich dadurch der europäischen Sicherheitsforschung wertvolle Impulse geben. »

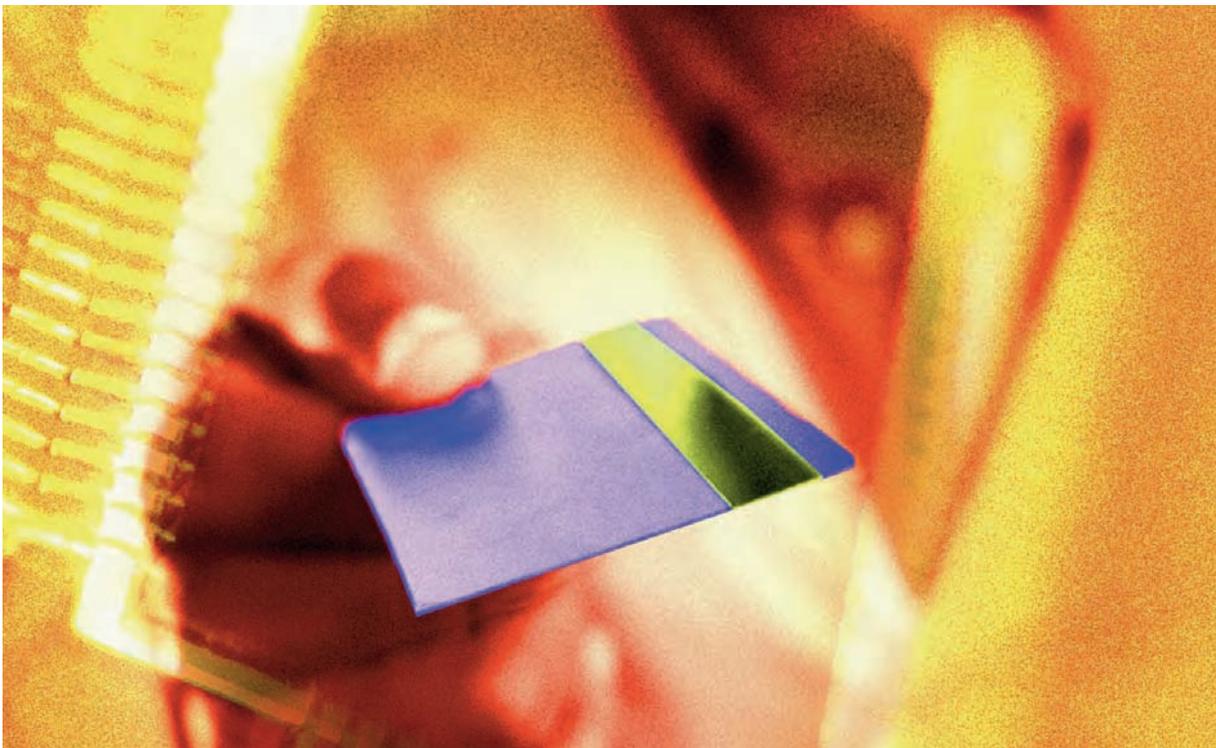


Foto: Photos.com

*Heimisches Know-how ist in der Sicherheitsforschung weit über Österreichs Grenzen hinaus gefragt.*

Ausgehend von den Anschlägen in New York, Madrid und London hat die Europäische Union erste Maßnahmen beschlossen, mit denen die Sicherheit der Bevölkerung verstärkt werden soll. In weiterer Folge hat die EU im 7. Forschungsrahmenprogramm der Sicherheit erstmals einen eigenen Schwerpunkt eingeräumt. Schon zu Beginn all dieser Aktivitäten hat Österreich ein eigenes nationales Sicherheitsforschungsprogramm namens KIRAS aufgebaut. Der Name KIRAS kommt aus dem Griechischen und setzt sich aus den Worten „kirkos“ (Kreis) und „asphaleia“ (Sicherheit) zusammen. „Kreis“ ist in diesem Zusammenhang integrativ zu verstehen, weil im Rahmen des Programms alle Disziplinen und Dimensionen zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff (im Sinne von „Security“) zusammengeschlossen werden.

Österreich war das erste Land in der EU, das ein derartiges Programm geschaffen hat. Seine strategische Grundausrichtung wurde weitgehend in das europäische Sicherheitsforschungsprogramm übernommen. Gleichzeitig orientieren sich weitere Länder, wie Deutschland, bei ihren nationalen Programmen ebenfalls an KIRAS. Seit dem Programmstart steht dabei der Schutz der sogenannten kritischen Infrastrukturen im Vordergrund. Von 2005 bis 2013 sollen insgesamt rund 110 Millionen Euro an Fördermitteln ausgeschüttet werden. Es geht um die Abwehr von Terrorismus, Sabotage, aber auch von Naturkatastrophen und folgeschweren Industrieunfällen, damit die Grundfunktionen des Staates und die Grundversorgung der Bevölkerung auch bei massiver Gefährdung aufrechterhalten werden kann.

## „Schon der Call for Expression of Interest hat ein riesiges Echo ausgelöst.“

GERNOT GRIMM, BMVIT

**DAS NATIONALE SICHERHEITSFORSCHUNGSPROGRAMM** wurde auf Grund seiner nationalen Querschnittsbedeutung sogar im Regierungsprogramm ausdrücklich angeführt. Zu den sechs strategischen Zielen zählen:

- Schaffung jenes Wissens, das für die Erreichung der sicherheitspolitischen Ziele Österreichs erforderlich ist
- Erhöhung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsempfindens der Bevölkerung
- Entwicklung von Technologiesprüngen, die für die Sicherheit relevant sind
- Wachstum der Sicherheitswirtschaft
- Aufbau von Exzellenz in der Sicherheitsforschung
- Integration der relevanten gesellschaftlichen und sozialpolitischen Fragen in alle Projekten

Während viele Länder die Sicherheitsforschung als Teil der Landesverteidigung und damit als Teil der Rüstungsindustrie betrachten, gibt es in Österreich einen rein zivilen Ansatz – was anfangs für eine gewisse Skepsis sorgte: „Nachdem bei uns die Rüstungsindustrie nur in Nischen tätig ist, gab es Zweifel, ob Österreich überhaupt genügend industrielles Potenzial hat, um signifikante kritische Größen zu erreichen“, berichtet Gernot Grimm, Leiter der Stabsstelle für Technologietransfer und Sicherheitsforschung im BMVIT. „Aber schon der Call for Expressions of Interest Ende 2005 hat ein riesiges Echo ausgelöst. Das spricht auch für die gute Arbeit der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft FFG, der das operative Programmmanagement übertragen worden ist.“

**DIE THEMEN** sind breit gestreut, wobei prinzipiell alles außer rein militärischer Forschung gefördert wird. Dabei schließt man auch jene Güter ein, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet wer-

den können, wie zum Beispiel Sprengstoffdetektion, Biometrie oder spezielle IT-Lösungen. KIRAS basiert dabei auf vier Programmlinien, die sich gegenseitig ergänzen:

- Programmlinie 1 („Vernetzung und Synchronisierung“) beschäftigt sich mit der Bündelung nationaler Ressourcen und Expertise sowie technischen Machbarkeitsprüfungen
- Programmlinie 2 („Kooperative F&E-Projekte“) hat als Ziel, neu gewonnenes Wissen in angewandte Forschung und Technologieentwicklung umzusetzen
- Programmlinie 3 („Komponentenentwicklung und Demonstrationsvorhaben“) überprüft die Einsatztauglichkeit innovativer Ansätze, Konzepte, Technologien und Verfahren im Bereich Sicherheitsforschung
- Programmlinie 4 („Begleitmaßnahmen“) unterstützt die ersten drei Programmlinien, zum Beispiel durch Studien

**ALS WEITERE BESONDERHEIT** bezieht KIRAS von Anfang an die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften (GSK) in jedes Projekt mit ein. Wo es um öffentliche Sicherheit geht, ist immer auch die Gefahr vorhanden, dass es Eingriffe in die Grundrechte und die Privatsphäre der Bürger geben kann. Werden die möglichen Folgen aber schon vom ersten Projekttag an diskutiert, ist dieses Risiko minimal. Mit dieser Entscheidung hatte es Österreich zunächst nicht leicht, inzwischen ist es aber gelungen, die Einbindung der GSK auch auf europäischer Ebene zu etablieren.

Wesentlich bei KIRAS ist auch der hohe Praxis- und Wirtschaftsbezug: Öffentliche Sicherheit wird von öffentlichen Stellen „produziert“, aus diesem Grund orientiert sich die Nachfrage an politischen Vorgaben und öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen. Deshalb werden im Rahmen von KIRAS nur jene Projekte gefördert, in die öffentliche Bedarfsträger, wie zum Beispiel das Innenministerium oder Blaulichtorganisationen,

## Kritische Infrastruktur

KIRAS fasst unter diesem Begriff folgende Punkte zusammen:

- Energieerzeugung/-verteilung (Strom-, Öl- und Gasgewinnung, Speicheranlagen, Raffinerien, Verteilungssysteme und -netze)
- Kommunikation und Information (Fernmeldewesen, Rundfunk, Software, Hardware, Internet sowie Einrichtungen der nationalen Sicherheit wie Führungs- und Leitsysteme, Sensoren oder Überwachungssysteme usw.)
- Wissenschaftliche Infrastruktur
- Finanzwesen (Banken, Versicherungen usw.)
- Gesundheitswesen (Krankenhäuser, Gesundheitseinrichtungen, Laboratorien, Arzneimittel, Such- und Rettungswesen, Hilfsdienste usw.)
- Lebensmittel (Sicherheit, Produktionsmittel, Industrie, Großhandel usw.)
- Wasser (Stau-, Speicher-, Aufbereitungsanlagen, Versorgungsnetze usw.)

- Verkehr und Transport (Flughäfen, Häfen, intermodale Einrichtungen, Eisenbahn, öffentlicher Nahverkehr, Verkehrsleitsysteme usw.)
- Erzeugung, Lagerung und Beförderung gefährlicher Güter (chemische, biologische, radiologische und nukleare Stoffe usw.)
- Behörden, Verwaltung und Justiz (Einrichtungen der Sicherheitsinstitutionen, Blaulichtorganisationen usw.)

eingebunden sind. „Wir wollen aber nicht nur forschen, sondern auch in Österreich Wert schöpfen. Nur so wird Steuergeld sinnvoll verwendet“, sagt Grimm.

Um das zu erreichen, werden alle wichtigen Gruppen in den Entstehungsprozess einbezogen: Grundlagen- und angewandte Forschung, die Industrie, die Prototypen und in der Folge marktfähige Produkte entwickelt sowie die späteren – großteils öffentlichen – Beschaffer und Anwender. Allein im ersten Call für die Programmlinie 2 (Dezember 2006 bis Februar 2007) wurden 48 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 30 Millionen Euro eingereicht. Damit wurden knapp 500 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert. Auch mit den übrigen Ergebnissen ist Grimm zufrieden: „Wir liegen völlig im Zeitplan und werden alle Ziele wie vorgesehen erreichen. Auf europäischer Ebene sind wir trotz der sehr kurzen Anlaufzeit von KIRAS bereits ganz vorne mit dabei, wenn es um den Input für das europäische Sicherheitsforschungsprogramm geht,

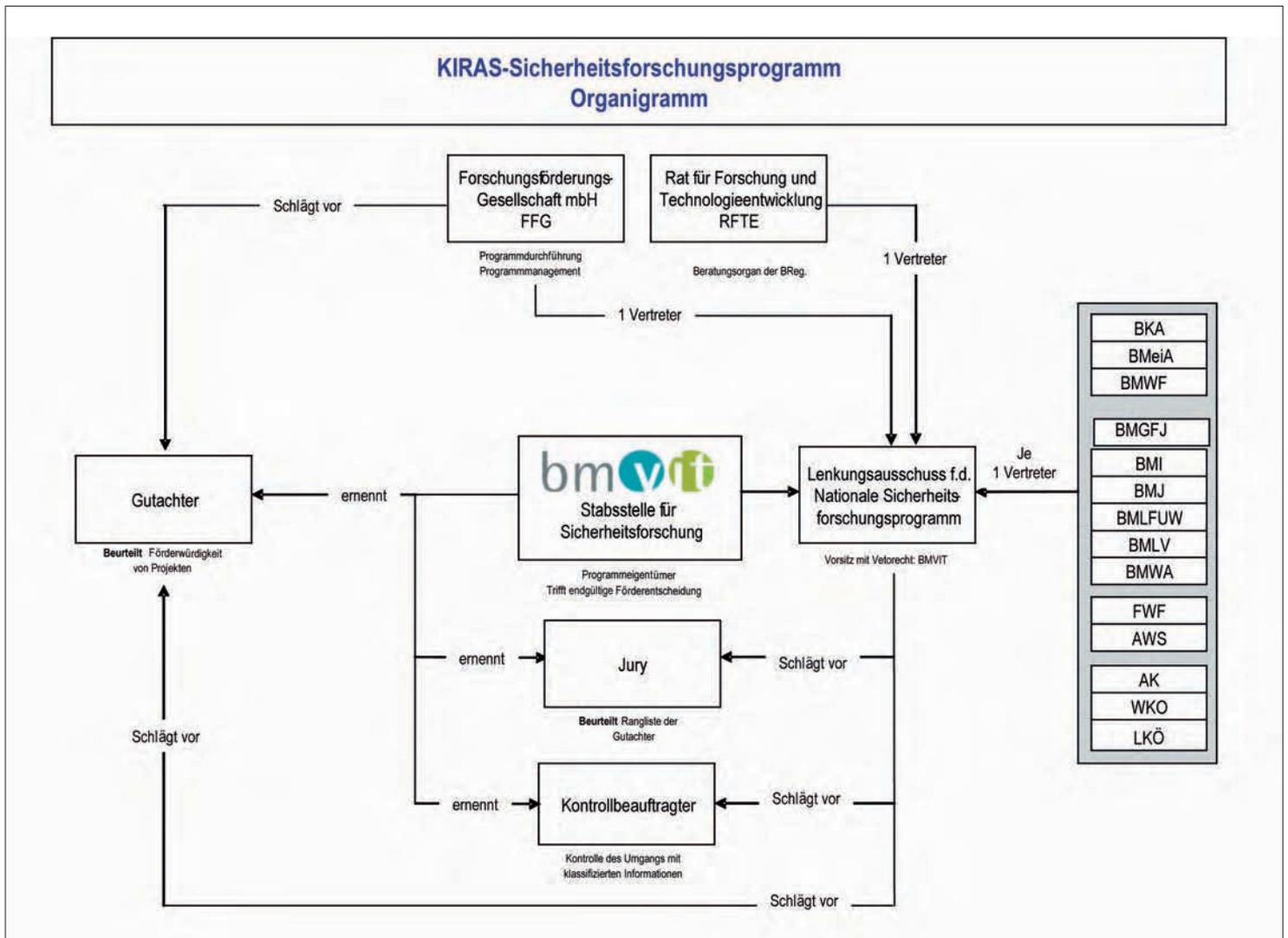
um Rückflüsse, Ergebnisse und Beteiligungen.“

**MEHR ÜBER KIRAS** und seine Grundlagen finden Sie in der ersten Ausgabe der „Sicherheitsforschung“. Das Heft ist als PDF in Deutsch und Englisch abrufbar unter [www.kiras.at/cms/aktuelles/pressespiegel/broschuere-sicherheitsforschung.html](http://www.kiras.at/cms/aktuelles/pressespiegel/broschuere-sicherheitsforschung.html). ☀

**Kontakt :**

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie  
 Stabsstelle für Technologietransfer und Sicherheitsforschung  
 MR Dr. Gernot Grimm  
 Renngasse 5  
 1010 Wien  
 Tel.: +43 1 711 62-65 3128  
 E-Mail: [gernot.grimm@bmvit.gv.at](mailto:gernot.grimm@bmvit.gv.at)  
[www.bmvit.gv.at](http://www.bmvit.gv.at)  
[www.kiras.at](http://www.kiras.at)

Im Lenkungsausschuss sitzt neben je einem Vertreter von Bundeskanzleramt und Ministerien noch je ein weiterer des FWF als Österreichs zentraler Einrichtung zur Förderung der Grundlagenforschung, der Förderbank aws sowie von Arbeiter-, Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer. Zusätzlich entsenden der Rat für Forschung und Technologieentwicklung sowie die FFG als Abwickler von KIRAS, je ein Mitglied in den Lenkungsausschuss. Die Ernennung von Jury, Kontrollbeauftragten und Gutachtern erfolgt direkt durch das BMVIT. ☀



# Die Richtung stimmt

**SCHULTERSCHLUSS.** Die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) ist für die Abwicklung von KIRAS zuständig und kann eine erfreuliche Bilanz für das nationale Sicherheitsforschungsprogramm vorweisen. Aber auch auf internationaler Ebene spielen österreichische Einreicher eine wichtige Rolle. »

Das BMVIT hat in Abstimmung mit dem Rat für Forschung und Technologieentwicklung das nationale Sicherheitsforschungsprogramm KIRAS entwickelt und ist als Programmeigentümer verantwortlich für dessen Struktur, Strategie und Finanzierung. Mit der Abwicklung und dem Programmmanagement wurde die FFG beauftragt. 2005 begann die Anlaufphase des Programms mit einem Call for Expression of Interest. Dabei wurden Interessensbekundungen möglicher Projektpartnerinnen und -partner gesammelt. „Response und Ergebnis waren überwältigend“, freut sich Johannes Scheer, KIRAS-Programmlleiter in der FFG. Rund 250 Skizzen sind eingesandt worden, und viele von ihnen wurden bzw. werden in der Folge in den einzelnen Ausschreibungen als Vollprojekte eingereicht. „KIRAS ist damit von der Community sehr gut angenommen worden, die sich für dieses Programm eigentlich erst finden, gestalten und entwickeln musste. Denn schließlich ist die Sicherheitsforschung nicht nur in Österreich, sondern EU-weit ein komplett neues, großes Thema.“ Jede der bisher durchgeführten Ausschreibungen weist eine hohe Überzeichnung auf – was beweist, dass es seitens der Forschung und Industrie viele Ideen und großes Potenzial gibt.



Foto: FFG

„KIRAS ist von der Forschungscommunity sehr gut angenommen worden.“

JOHANNES SCHEER, FFG

**MIT DEM NEUEN THEMA** Sicherheitsforschung werden zahlreiche Institutionen und Firmen angesprochen, die zum ersten Mal einen Forschungsförderungsantrag stellen. Die FFG hat daher sehr viel in die Beratung investiert, Pre-proposal Checks und einen eigenen Einreicher-tag geschaffen. „Wenn Gutachter und Jury ein Projekt dennoch ablehnen, dann kommunizieren wir auch dezidiert, woran es gescheitert ist“, berichtet Scheer. Die ausführliche Begründung nennt nicht nur den Grund für das Scheitern, sie zeigt damit auch, wie der Antrag für die nächste Einreichung verbessert werden kann. Das ist für die Firmen ein Anpassungs- und Lernprozess, der über KIRAS hinausreicht. Die Nachhaltigkeit dieses Prozesses zeigt sich auch darin, dass Anfangsschwierigkeiten, wie

zum Beispiel falsche Schwerpunktsetzungen in den Anträgen oder unklare Ausführungen im wissenschaftlichen Teil, nahezu nicht mehr auftreten. „Wer weiß, wie man einen Antrag an eine Forschungsförderungsstelle einreicht, kann diese Erfahrung später bei allen anderen Institutionen ebenfalls verwenden. Wir machen die Antragstellerinnen und Antragsteller damit außerdem fit für die europäischen Forschungsprogramme“, sagt Scheer. Wie gut das funktioniert, sieht man auch daran, dass der Anteil erfolgreicher Anträge von österreichischen Firmen, Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen am europäischen Sicherheitsforschungsprogramm überproportional hoch ist. „Wenn man in der europäischen Sicherheitsforschung mitspielt, dann hat man – um es in der Fußballsprache zu sagen – die Champions League erreicht“, betont Scheer.

**DIE FFG UNTERSTÜTZT** im Auftrag der Ministerien als zentrale Institution des Bundes Forschung, Entwicklung und Innovation in Österreich mit zahlreichen Förderprogrammen und Dienstleistungen. Sie bietet dabei auch eine „One-Stop-Shop“-Beratung bei der Auswahl der richtigen Förderprogramme, Unterstützung bei internationalen Kooperationsprojekten, bei Aktivitäten im Weltraum sowie speziell in der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft und in der Verwertung von Forschungsergebnissen an. Die FFG ist im Eigentum der Republik Österreich, Träger sind zu je 50 Prozent das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMA). Als Anbieter von Förderungsdienstleistungen ist die FFG auch im Auftrag anderer nationaler und internationaler Institutionen tätig. «

## Kontakt:

FFG – Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH  
 Programmleitung KIRAS  
 DI Johannes Scheer  
 Sensengasse 1, 1090 Wien  
 Tel.: +43 05 77 55-5070  
 E-Mail: johannes.scheer@ffg.at  
 www.ffg.at

# Manipulationsfreie IT-Infrastruktur

**ABGESCHIRMT.** Im Drogenhandel, in der Wirtschaftsspionage oder für die Vorbereitung von Terroranschlägen werden wichtige Informationen bevorzugt verschlüsselt über Mobiltelefone und Internettelefonie (VoIP) übertragen. Gegen diese sogenannte Steganografie hat die Fachhochschule St. Pölten mit StegIT eine wirksame Abwehrmaßnahme entwickelt. Ein großer Erfolg für das noch junge KIRAS-Programm. »

Digitalisierte Audio-, Bild- und Videodateien enthalten ein sogenanntes Rauschen. Dieses Rauschen bietet genügend Platz für die unauffällige Einbettung geheimer Nachrichten. Bei Audiodateien können Informationen etwa durch ein künstlich geschaffenes Echo eingeschleust werden. Weder beim manipulierten Foto, das als MMS verschickt wird, noch bei einem Telefonat würde die Veränderung für die menschliche Wahrnehmung feststellbar sein“, erzählt Professor Ernst Piller, Leiter wissenschaftlicher Arbeiten am Studiengang IT Security der Fachhochschule St. Pölten.

Es gibt verschieden Möglichkeiten, geheime Inhalte in normale Dateien einzubetten, das einfachste Verfahren erfolgt über die Veränderung des „Least Significant Bits“, bei der das niederwertigste Bit, zum Beispiel der Grauwert in einem Foto, mit dem einzubettenden Bit überschrieben wird. Für die kommenden Jahre erwarten die IT-Security-Expertinnen und -Experten der Fachhochschule einen starken Anstieg von mittels Steganografie codierten Übertragungen. Gründe dafür sind die zunehmende Verbreitung der Internettelefonie (Voice over IP) und der „Intelligenz“ der Mobiltelefone hin zu Mini-PCs mit Telefonfunktion.

„Es ist ungeheuer aufwendig, die Existenz einer versteckten Information nachzuweisen. Um diese extrahieren zu können, muss zudem die Einbettungstechnologie erkannt werden. Hier stoßen die bestehenden Verfahren schnell an ihre Grenzen, da sie auf Erkenntnissen von vorhandenen Steganografie-Algorithmen beruhen und neue Entwicklungen nicht berücksichtigen“, erzählt Johann Haag, Leiter des Studiengangs „IT Security“ an der Fachhochschule. Nachdem die geheimen Nachrichtenbits in unregelmäßigen Zeitabständen eingebettet werden und damit nicht bekannt ist, wann genau sie gesendet werden, ist es besonders schwierig, sie in Echtzeitübertragungen aufzuspüren.

**GENAU HIER SETZT StegIT AN**, indem es prophylaktisch jede Form der Steganografie wirksam unterbindet. Unter Pillers Leitung haben die Mitarbeiter der FH St. Pölten eine Abwehrmethode entwickelt, die auf einer

„unhörbaren“ Datenveränderung basiert. Mit Hilfe von Zufallszahlengeneratoren und mathematischen Operationen in Verbindung mit speziellen Optimierungsmethoden wird jedes Telefonat, SMS, MMS oder Video verändert – ganz egal, ob es geheime Informationen enthält oder nicht. Bei einer Echtzeit-Übertragung kann beispielsweise ein unhörbares Rauschen hinzugefügt werden, weshalb der Empfänger eine versteckte Botschaft nicht mehr entschlüsseln kann. Die normale Sprach- und Bildübertragung bliebe davon völlig unberührt, betont Piller. Die Transformation der Daten übernimmt eine Hardware, die beim Internetservice- bzw. GSM-Netzbetreiber eingesetzt ist. Was aus Datenschutzgründen besonders wichtig ist: Die regulär übertragenen Informationen selbst sind für diese Form der Abwehr irrelevant und werden daher weder abgehört noch gesichtet.

**IM FORSCHUNGSPROJEKT StegIT** haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FH St. Pölten gemeinsam mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung und dem Bundeskriminalamt erste Methoden und Verfahren ausgearbeitet, die wirksam spezifische steganografische Manipulationen verhindern. Die Projektleitung lag bei der FH St. Pölten, StegIT fand im Rahmen des österreichischen Sicherheitsforschungs-Förderprogramms KIRAS statt und wurde Ende 2007 abgeschlossen. In einem Folgeprojekt sollen weitere Verfahren entstehen und ein Prototyp entwickelt werden, der gegen eine Vielzahl möglicher steganografischer Manipulationen robust ist. «

## Kontakt:

Fachhochschule St. Pölten  
Univ.-Doz. DI Dr. Ernst Piller,  
Leiter wissenschaftlicher Arbeiten  
Department IT & Medien  
Matthias-Corvinus-Straße 15,  
3100 St. Pölten  
Tel.: +43 2742 313 228-636  
E-Mail: lpiller@fhstp.ac.at  
www.fhstp.ac.at



Foto: be.gesell

**„Versteckte Botschaften können nicht mehr entschlüsselt werden.“**

ERNST PILLER, FH ST. PÖLTEN

# Sicherheitsforschung in Österreich

**ERFOLGREICHE IMPLEMENTIERUNG.** Alle vier ausgeschriebenen Programmlinien von KIRAS sind von der heimischen Forschungscommunity mit großem Interesse angenommen worden. Die nachfolgende Auswahl an durch KIRAS geförderten Projekten soll aufzeigen, was österreichische Sicherheitsforschung zu leisten vermag. Sämtliche geförderten Forschungsprojekte sind aber auch im Internet unter „www.kiras.at“ abrufbar. »

## ■ KATASTROPHENMANAGEMENT IM GESUNDHEITSWESEN

Die bio-terroristischen Anschläge mit Milzbrandbriefen in den USA, die SARS-Epidemie, die Vogelgrippe in Asien sowie aktuelle politische, gesellschaftliche und technologische Entwicklungen: Sie alle bergen ein großes Potenzial an Risiken und Gefahren, die zu einer Reihe von außergewöhnlichen Schadensfällen führen können. Neben der Zerstörung bzw. Schädigung der örtlichen Infrastruktur sowie der Gefährdung von Leben und Gesundheit der Bevölkerung haben diese Katastrophen natürlich auch gravierende ökologische und wirtschaftliche Auswirkungen.

Unter dem Titel „Katastrophenmanagement im Gesundheitswesen“ wurde ein Projekt ins Leben gerufen, das auf Basis klar definierter Gefahren eine Bestandsanalyse der

## ■ SOSguide

Das Steiermärkische Rote Kreuz betreibt 94 Dienststellen und 360 Sanitätsfahrzeuge. Jedes Jahr gibt es allein in diesem Bundesland etwa 550.000 Einsätze verschiedenster Art, im Schnitt rückt alle 75 Sekunden ein Wagen aus. Vom Anrufer versucht man zuvor, eine möglichst genaue Ortsbeschreibung zu erhalten, damit das Rettungsteam rasch zum richtigen Ort findet. Das ist insofern schwierig, als der Verletzte unter Stress steht und dadurch sehr oft seine exakte Position nicht genau beschreiben kann.

Mit dem SOSguide soll dieses Problem der Vergangenheit angehören. Künftig werden GPS-taugliche Mobiltelefone die Position eines Verunglückten direkt an die Rettungszentrale übermitteln, gleichzeitig zeigen sie dank zusätzlicher Sensoren auch die Bewegungsrichtung der betreffenden Person an. Damit kann per „Remote Guidance“ blinden oder sehbehinderten Menschen, die sich verirrt haben, der Weg zu einem sicheren Ort oder einem Treffpunkt gezeigt werden. Potenzieller Anwenderkreis wären aber auch alte oder behinderte Menschen,

medizinischen und psychologischen Notfallhilfeplanung in Österreich durchführt – und zwar in behördlicher, operationeller, materiel- und juristischer Hinsicht. Zudem soll der aktuelle Stand der bereits ergriffenen Initiativen auf nationaler und europäischer Ebene ermittelt werden. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sollen Engpässe und Mängel aufdecken, die im Zusammenhang mit mögli-



Foto: PhotoDisc

Kinder, Wanderer, Touristen ... Bei der Umsetzung soll außerdem berücksichtigt werden, ob die betreffende Person noch in der Lage ist, Anweisungen aus der Zentrale entgegenzunehmen und diese zu befolgen. Erst dann, wenn dies nicht der Fall ist, rückt ein Rettungsteam aus.

Die Projektziele sind wie folgt definiert:

- Erhebung des Ist-Zustands bei Notruf und Alarmierung
- Definition der Anforderungen des Roten Kreuzes im Hinblick auf Kommunikation und Information

chen Folgen einer Katastrophe bestehen.

Dieses Projekt liefert damit einen wertvollen Beitrag zur Bedarfsermittlung im Gesundheitswesen im Katastrophenfall und dient zur Vorbereitung künftiger Maßnahmen. Es wird unter der Leitung des Institutes für Pharmaökonomische Forschung durchgeführt, Kooperationspartner sind die AGES, Foresee, Med-Consult und das Österreichische Ökologie Institut. «

### Kontakt:

IPF – Institut für Pharmaökonomische Forschung  
Mag. Anamarija Batista  
Wolfengasse 4/7  
1010 Wien  
Tel.: +43 1 513 20 07-12  
E-Mail: a.batista@ipf-ac.at  
www.ipf-ac.at

- Definition von Datenschnittstellen
- Auswahl und Evaluierung am Markt befindlicher Hard- und Software für Leitstelle, Helfer und Rufenden
- Erhebung und Auswahl geeigneter geographischer Daten
- Entwicklung von Schnittstellen für die Sprach- und Datenkommunikation

Für die Projektleitung ist das Institut für Navigation und Satellitengeodäsie der Technischen Universität Graz verantwortlich, Partner sind die SOLVION information management und das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Steiermark. «

### Kontakt:

TU Graz  
Institut für Navigation und Satellitengeodäsie  
A.o. Univ.-Prof. DI Dr. Manfred Wieser  
Steyrergasse 30  
8010 Graz  
Tel.: +43 316 873-6348  
E-Mail: wieser@geomatics.tu-graz.ac.at  
www.inas.tugraz.at

## ■ SkiG

Diese Abkürzung steht für den „Schutz kritischer Infrastrukturen bei Großveranstaltungen“ und befasst sich mit dem Einsatz von Videoüberwachung bei Events mit großen Menschenansammlungen. Das Zentrum für Praxisorientierte Informatik der Donau Universität Krems führt diese Studie gemeinsam mit der Center Communication Systems GmbH bei der EURO 2008 durch, weil sich bei Fußballspielen relativ häufig gefährliche Situationen entwickeln können: Sie bieten ein gewisses Gefahrenpotenzial für Ausschreitungen, Terroranschläge und ähnliche folgenschwere Ereignisse.

Einerseits kann durch Videoüberwachung schnell auf gefährliche Situationen reagiert werden, andererseits stehen ihr aber auch zahlreiche Bürgerinnen und Bürger skeptisch gegenüber. Im Vordergrund der Studie steht daher nicht der technische Aspekt, vielmehr befasst sich ein interdisziplinäres Team mit ihrer psychologischen und soziologischen Wirkung.

Im Rahmen von SkiG soll zunächst die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Videoüberwachung erforscht werden und wie man Akzeptanz und Vertrauen schaffen kann. Weiters untersucht das Zentrum für Praxisorientierte Informatik das Sicherheitsempfinden sowie die subjektive Einschätzung von kritischen Situationen durch die Besucherinnen und Besucher von Großveranstaltungen.

„Ziel der Studie ist es, sicheres bzw. unsicheres Verhalten von Menschen in Mengen besser beurteilen zu können“, betont Projektleiterin Edith Huber. Inwiefern

wahrgenommene Videoüberwachung das sicherheitsrelevante Verhalten von Personen bei Großveranstaltungen beeinflusst, ist eine weitere zentrale Frage, die SkiG beantworten soll.

Die Forschungsergebnisse werden, laut Huber, damit einen nachhaltigen Beitrag für die Technologieentwicklung in der Sicherheitstechnik – besonders für die Videoüberwachung – leisten, indem sie Erkenntnisse zum Verhältnis von Technik, Mensch und Gesellschaft liefern. «

### **Kontakt:**

Donau-Universität Krems  
Zentrum für Praxisorientierte Informatik  
Mag. Edith Huber  
Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30  
3500 Krems  
Tel.: +43 2732 893-2306  
E-Mail: [Edith.Huber@donau-uni.ac.at](mailto:Edith.Huber@donau-uni.ac.at)  
[www.donau-uni.ac.at/zpi/](http://www.donau-uni.ac.at/zpi/)



Foto: be.geselli

## ■ SALOMON

Um die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher zu gewährleisten, benötigt man Informationen darüber, wovon sie sich bedroht fühlen und welche Bedrohungsmechanismen zum Tragen kommen.

Dieses Wissen kann dazu beitragen, unterschiedliche Sicherheitsbedürfnisse bei unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen (Geschlecht, Alter, ethnische Herkunft, Religion, soziale Lebenssituation etc.) zu erkennen und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit gezielt weiterzuentwickeln. Dabei sind politische, wirtschaftliche, organisatorische und kulturelle Aspekte zu berücksichtigen.

Derzeit gibt es in ganz Europa kein Instrument, mit dem die Bedrohungswahrnehmung von Migrantinnen und Migranten systematisch und verlässlich erfasst werden kann. Aus diesem Grund wurde im Mai 2007 mit dem Projekt SALOMON begonnen. Es hat zum Ziel, eine Methode zur Erforschung der Bedrohungs- und Sicherheitswahrnehmungen von Menschen mit Migrationshintergrund zu entwickeln.

SALOMON wird bis zum Erreichen seines Projektziels im April 2009 in vier Schritten umgesetzt: Grundlage war zu Beginn eine umfassende Literaturrecherche, die das Projektteam in weiterer Folge um Gespräche mit wissenschaftlichen Expertinnen und Experten aus der Migrations-, Methoden- und Sicherheitsforschung ergänzt hat. Die Ergebnisse wurden dann dazu verwendet, eine geeignete Forschungsmethode zu entwickeln. Im dritten Arbeitsschritt werden die Ergebnisse aufbereitet und Empfehlungen für die Sicherheitsforschung daraus abgelei-

tet. In einem Folgeprojekt wird die entwickelte Methode dann auf breiter Basis angewandt und es wird konkret erfasst, welche Bedrohungen Migrantinnen und Migranten in Österreich wahrnehmen.

Dieses Projekt wird unter Leitung des Forschungsinstituts des Wiener Roten Kreuzes in Kooperation mit der Sigmund Freud PrivatUniversität umgesetzt. Bei der Projektarbeit hilft ein „Think Tank“ mit Expertinnen und Experten aus Praxis und Wissenschaft. «

### **Kontakt:**

Forschungsinstitut des Wiener Roten Kreuzes  
Mag. Ingrid Spicker  
Nottendorfer Gasse 21  
1030 Wien  
Tel.: +43 1 79 580-2426  
E-Mail: [ingrid.spicker@w.rotekreuz.at](mailto:ingrid.spicker@w.rotekreuz.at)  
[www.w.rotekreuz.at/forschungsinstitut](http://www.w.rotekreuz.at/forschungsinstitut)

## ■ DESTRail

Die Verkehrsinfrastruktur ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Naturkatastrophen, technisches Versagen, menschliches Fehlverhalten oder Terroranschläge stellen für sie allerdings eine große Gefahr dar und können enorme Schäden für die Volkswirtschaft nach sich ziehen sowie zahlreichen Menschen das Leben kosten. Im Rahmen von DESTRail werden daher Sicherheitsaspekte, Risiken und Bedrohungen im Zusammenhang mit der österreichischen Schieneninfrastruktur erforscht. Inhalt ist die Schadenserkenkung in Echtzeit, die rechnerische Evaluierung und darauf folgend die automatische Verkehrsbeeinflussung: Züge, die sich schadhafte Stellen in der Strecke nähern, werden unverzüglich angehalten.

Eines der Ziele ist das Ermitteln jener Stellen im heimischen Eisenbahnnetz, die durch Erdbeben beschädigt werden können. Für diese Gefahrenkarte werden mittels Landsat, SAR, Insar und Envisat jene Zonen identifiziert, die aktive tektonische Verwerfungen passieren oder tangieren. In Kombination mit der Auswertung von Erd-

## ■ GEDES

In Österreichs Mülldeponien lagern etwa 50 Millionen Tonnen Siedlungsabfälle sowie rund 500 Millionen Tonnen Baurestmassen. Zahlreiche Studien belegen, dass die von konventionellen Hausmülldeponien ausgehende Umweltgefährdung über Jahrhunderte andauert. Hauptverantwortlich dafür ist die große Menge an abgelagerten Stoffen, die wegen der ungleichmäßigen Wasserverteilung in Deponien nur sehr langsam abgebaut und ausgewaschen werden. Während der reguläre Betrieb dieser Deponien und die dabei auftretenden Emissionen gut dokumentiert sind bzw. abgeschätzt werden können, ist deren Verhalten bei Überschwemmungen weitestgehend unbekannt. Es ist davon auszugehen, dass sich die Verhältnisse bei Hochwasser drastisch ändern, der Abfall mit Wasser vollsaugt und dadurch in kurzer Zeit große Mengen an Schadstoffen ausgeschwemmt werden.

Mit GEDES soll die Umweltgefährdung beurteilt werden, die von Deponien und Altablagerungen bei Hochwasser ausgeht. In einer ersten Projektstufe wird erhoben,

bebenaufzeichnungen aus dem österreichischen Strongmotion Network, kann binnen Sekunden nach einem Beben eine potenzielle Schädigung errechnet und der Zugverkehr gestoppt werden. Eine ständig arbeitende Kombination aus Sensoren und Detektoren soll entsprechende Hinweise auf solche Ereignisse liefern. Diese Information wird in einem Decision Support System bewertet, das in der Folge entsprechende Haltesignale betätigt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Erkennen von Schäden an Eisenbahnbrücken. Prallt ein Schiff gegen einen Pfeiler, kann



Foto: ÖBB

wie viele Deponie- und Altablagerungsstandorte in Österreich überschwemmungsgefährdet sind und welche Emissionsfrachten im Falle einer Deponieüberflutung zu erwarten sind.

In der Folge werden am Beispiel von drei Deponiestandorten, die überflutungsgefährdet sind, mögliche negative Auswirkungen dieser Emissionen auf schützenswerte Ressourcen wie Grundwasser oder Boden analysiert. Aufbauend auf den Erkenntnissen der ersten Projektstufe sollen in einem Fortsetzungsprojekt Strategien zur Minimierung des Umweltrisikos durch

die Struktur so stark geschädigt sein, dass ein passierender Zug in den Fluss stürzt. Hier könnte eine Mustererkennung aus Beschleunigungsdaten wertvolle Hinweise liefern. Dieses Konzept wurde bereits bei der Schadenserkenkung an Brücken erfolgreich getestet, eine stabile Anwendbarkeit der bekannten Algorithmen ist allerdings noch zu entwickeln. Das Ergebnis des Projekts soll für die Entwicklung eines Prototyps für ein Alarmsystem an ÖBB-Kunstabauten dienen. Projektleiter ist die VCE Holding, Partner sind die Universität für Bodenkultur Wien, Universität Innsbruck, ÖBB Infrastruktur Bau AG, APLICA Mess- und Prüftechnik GmbH sowie arsenal research. ⏪

### **Kontakt:**

VCE GmbH  
Dr. Helmut Wenzel  
Hadikgasse 60  
1140 Wien  
Tel.: +43 1 897 53 39  
E-Mail: vce@atnet.at  
www.vce.at

überflutungsgefährdete Deponien entwickelt werden.

Projektleiter ist die TU Wien, Institut für Wassergüte, Ressourcenmanagement und Abfallwirtschaft. Projektpartner sind das TU-Institut für Wirtschaftsmathematik, die Universität für Bodenkultur (Institut für Wasserwirtschaft, Hydrologie und konstruktiven Wasserbau), das Umweltbundesamt (Abteilung Altlasten) sowie das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (Abteilung Wasserwirtschaft) und das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung (Abteilung Umwelt- und Anlagentechnik). ⏪

### **Kontakt:**

TU Wien  
Institut für Wassergüte, Ressourcenmanagement und Abfallwirtschaft  
Univ.-Ass. DI Dr. Johann Fellner  
Karlsplatz 13  
1040 Wien  
Tel.: +43 1 588 01-22654  
E-Mail: j.fellner@iwa.tuwien.ac.at  
www.iwa.tuwien.ac.at

# Alle dafür, keiner dagegen – Sicherheit als politische Erfolgsgarantie

**SCHUTZ UND GEBORGENHEIT.** Sicherheit ist ein persönliches und subjektives Gefühl der Menschen und kein mittels Datenmaterial belegbarer Zustand. Selbst bei deutlichem Rückgang von Straftaten bzw. in Phasen ohne größere Katastrophen kann das Sicherheitsbedürfnis steigen. »



Spätestens seit am 11. September 2001 alle Fernsehsender weltweit auf Bildkonkurrenz verzichteten und den Einsturz des World Trade Centers in Endlosschleifen zeigten, wissen wir, dass ein Medienspektakel Sicherheitsbedürfnisse deutlich verstärken kann. Wobei es nicht derart dramatische Beispielfälle sein müssen. Oft genügt die überzeichnete Darstellung kleiner Unfälle und Verbrechen in Lokalzeitungen.

Ob ich mich in einem Tunnel sicher oder unsicher fühle, hat wenig mit Verkehrssicherheit zu tun, welche ebenda jede Menge reale Gefahren beinhaltet. Es geht jedoch um das psychologische Phänomen der Furcht im Dunkeln. Für Mittelklasse-Väter handelt es sich unverändert um ein Standardargument, wenn familienintern der Kauf teurer Wägen aus Europa mit Sicherheitsargumenten vertreten wird. Der Satz „In einem Auto aus Deutschland fühle ich mich sicherer!“ gilt unverändert, obwohl Autos aus asiatischen Herstellungsländern nicht zwangsläufig schlechter sind. Das mag mit einer fragwürdigen Fremdenangst zu tun haben, und rührt trotzdem in Wahrheit aus der politischen und medialen Vermittlung von Sicherheit. Schließlich werden im Fernsehen und in Boulevardzeitungen ja seltener Unfallstatistiken als mehr oder weniger blutige Unfallbilder hergezeigt. Folgerichtig wird in einer Mediendemokratie das Sicherheitsbedürfnis der Menschen von journalistischen Schnappschüssen und nicht von wissenschaftlichen Datensammlungen geprägt.

Ob ich mich in Wien vor einem Terroranschlag weniger als in New York bedroht fühle, hat genauso zum kleineren Teil mit Sicherheitsmaßnahmen unserer Polizei zu tun sondern großteils mit Gefühlen. Gleichermassen bedeuten geringere Kriminalitätsraten keinesfalls immer ein höheres Sicherheitsempfinden. Jeder hat irgendwann, irgendwo gelesen, das bei irgendjemand eingebrochen wurde. Ob Hauseinbrüche, Taschendiebstähle oder Vandalismus – durch mediales und

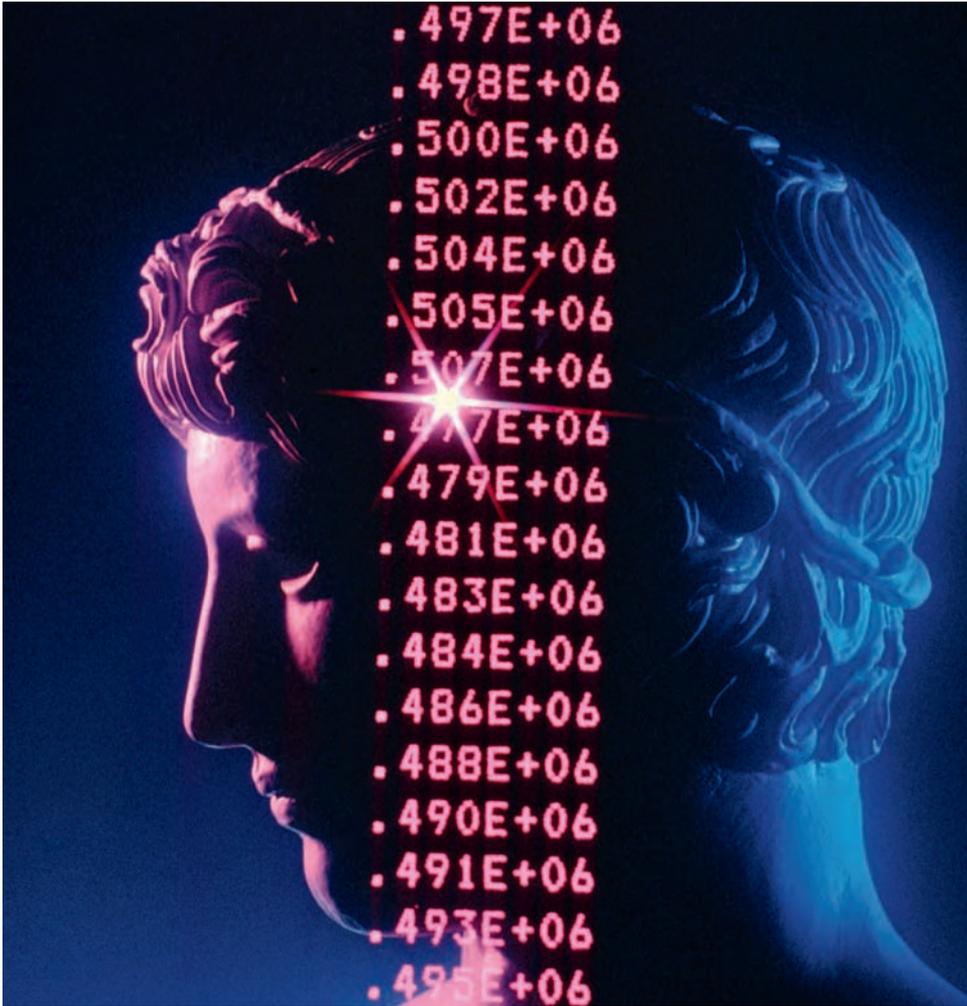


Foto: Photos.com

*Ängste und Sorgen sind kein technologisches, sondern ein psychologisches Problem.*

danach reales Erzählen entstehen Stimmungslagen von der relativen Beschüttheit bis zur Panik vor Verbrechen. Dasselbe gilt für fast alle Kernbereiche, mit denen sich KL-RAS beschäftigt. Einerseits geht es darum, dass Gesundheits-, Energie-, Finanzleistungs- und Informationsversorgung in Österreich auch unter widrigsten Bedingungen funktionieren, zum Beispiel nach Terrorangriffen oder Naturkatastrophen, andererseits sind solche Ansprüche nicht allein durch (wichtige und richtige) technische Maßnahmen zu erreichen.

**WENN MENSCHEN BEREITS IN FRIEDLICHSTEN ZEITEN PANIKATTACKEN HABEN**, dass unser Wasser oder unsere Lebensmittel aus dubiosen Gründen nicht mehr da sein könnten, schützt vermutlich das beste Versorgungskonzept nicht vor Raubzügen in Krisensituationen. Insofern ist der multidisziplinäre und -dimensionale Ansatz der BMVIT-Sicherheitsforschung und ihrer geförderten Projekte von der Technik bis zu den Kulturwissenschaften goldrichtig.

#### POLITIKER ALS AGENTEN DER SICHERHEIT:

Was das alles mit Politik zu tun hat? Letztlich ist es eine Schlüsselaufgabe der politisch Regierenden den Regierten Sicherheitsgarantien zu geben. Das reicht von der Einhaltung demokratischer Spielregeln über den Schutz vor kriegerischen und verbrecherischen Bedrohungen bis zur Zusage von gemeinnützigen Leistungen. Das Problem dabei für Politiker: Von ihnen wird die größtmögliche oder gar eine absolute Garantie von Sicherheit erwartet. Es ist ein umfassendes Paket unterschiedlichster Ängste, welche die Politik bekämpfen muss, um ihre Aufgabe der Vermittlung von Sicherheit zu erfüllen.

Nicht überfallen und beraubt, verprügelt oder vergewaltigt zu werden, ist lediglich eine von vielen Sorgen der (Wahl-)Bevölkerung. Ängste vor einem Verlust des Arbeitsplatzes, vor der Nicht-Leistbarkeit alltäglicher Ausgaben, vor verschlechterten Angeboten von Wohnen bis Bildung sind mindestens genauso wichtig. Hinzu kommen Befürchtungen in der Grauzone von Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit. Die Parallele zur psychologischen Komponente von Tunnel- und Autosicherheit ist die vergleichsweise Irrelevanz entsprechender Sachpolitiken. Verstärkereffekte entstehen meistens durch die mediale Darstellung von Einzelfällen. Zu den psychologischen Aufgaben der Politik (und der Medien) zählt beispielsweise, dass der Staat vermitteln kann, die Bürgerinnen und Bürger bei ihren Sicherheitsängsten ernst zu nehmen. Analog zu Kontaktbeamtinnen und -beamten der Polizei müssen Politikerinnen und Politiker primär das Gefühl vermitteln, zuzuhören. Unter anderem gilt das für die gesundheitliche Versorgung als Sicherheitsthema. Welche Ärztin/welcher Arzt wird als am besten angesehen? Medizinisch-technisch können 99,9 Prozent der Patientinnen und Patienten das kaum beurteilen. Gefühlsmäßig wähle ich jenen Doktor, der sich meine Sorgen geduldig anhört. Selbstmitleid inklusive. Politik und Medien sind bei Sicherheitsthemen allzu oft in der Rolle der Ärztin bzw. des Arztes.

Die Sicherheitspolitik hat zudem keinen politischen Gegner. Ungeachtet von Parteistreitigkeiten über die Zulässigkeit von polizeilichen Befugnissen, ist kein Politakteur gegen Sicherheit. Im Prinzip anerkennen Verfechterinnen und Verfechter von mehr Überwachungsmaßnahmen, ob Videokamera oder Bundestrojaner, und Verteidigerinnen und Verteidiger des Datenschutzes gleichermaßen, dass Bürgerinnen und Bürger nicht verunsichert werden dürfen. Sie diskutieren – neben der zentralen Grundrechtsfrage – bildlich ge-

sprochen darüber, ob mich das Bedrohungs-szenario eines bewaffneten Terroristen oder der Realismus eines Polizisten mit Maschinenpistole vor meiner Haustür mehr verunsichert.

Ein aktuelles Beispiel liefert die Fußball-Europameisterschaft. Horden von Hooligans in alkoholisiertem Zustand machen Angst. Exekutivbataillone – mit Vollvisierhelmen, Schlagstöcken und Kampfschildern – oder gar Panzerwägen, die uns davor beschützen sollen, können gleichfalls verängstigen. Politik ist also auch eine Entscheidung der Verhältnismäßigkeit der Mittel, um Sicherheit zu erreichen und parallel mit Sicherheitsgefühlen sensibel umzugehen. Neben den harten sicherheitspolizeilichen Maßnahmen kommt daher der weichen Betreuung des Sicherheitsbedürfnisses immer größere Bedeutung zu. Die Einwanderungspolitik etwa ist hochgradig von Stereotypen geprägt, so dass der Kulturendialog als Prävention auch in einem ganz anderen Sinn wichtig ist. Eine Zahl dazu: Bis zu drei Viertel haben „sehr“ oder „etwas“ das subjektive Gefühl, es würde Jahr für Jahr immer mehr Ausländer geben, obwohl die Statistiken für einige Bundesländer das Gegenteil sagen bzw. für ganz Österreich das zumindest so nicht bestätigen können.

**SICHERHEIT IM POLITISCHEN WETTBEWERB:** In einem Wahljahr geht es weniger um reale Schutzmaßnahmen für mehr Sicherheit als um den Imagegewinn. Der Schlüssel zum Erfolg ist theoretisch ganz einfach zu finden. Heißt es „Um die Sicherheit des Landes sorgt sich die Partei X!“ oder „Politiker Y garantiert unsere Sicherheit!“, so haben die Betroffenen fast schon gewonnen. Die jeweilige Gegenseite wird generell gerne als „Verunsicherungspartei“ bezeichnet, was immer das genau sein mag. Die Schwierigkeit für alle Parteien lautet: Was genau bedeutet Sicherheit aus der Wählerperspektive? Nicht einmal die Standardfrage, ob Sicherheit ein rechtes oder linkes bzw. konservatives oder liberales Thema darstellt, lässt sich eindeutig beantworten. Geht es um Recht und Ordnung sowie Facetten einer sogenannten „Ausländerpolitik“ und/oder um wirtschaftliche Stabilität werden im politischen Wettbewerb Mitte-Rechts-Parteien profitieren. In Österreich würden sich durch die Betonung der inneren und äußeren Sicherheit vor allem Wettbewerbsvorteile für ÖVP, FPÖ und BZÖ ergeben. Von Aspekten der sozialen Sicherheit – Arbeit, Wohnen und Gesundheit – profitieren umgekehrt SPÖ und Grüne als Mitte-Links-Parteien.

Welche Partei wirklich am besten Sicherheit vermitteln kann, bleibt offen. Beide Großparteien sind jedoch für identische Fehlerschema-

ta anfällig. Die Bürgerinnen und Bürger sehen mehrheitlich eine massive Verschlechterung ihrer sozioökonomischen Lage im Vergleich zu vor ein paar Jahren. Typische Aussagen sind „Alles wird teurer!“ oder „Ich muss immer mehr Steuer zahlen!“ bzw. „Es gibt laufend mehr Arbeitslose“.

Ob und was davon stimmt, ist aus Sicht des politischen Wettbewerbs unerheblich. Die Emotionen müssen ernst genommen werden, um von Ängsten geprägten Menschen Sicherheit zu vermitteln. Dazu zählen auch Scheinlösungen wie Abschiebemaßnahmen, in vergangenen Wahlkämpfen von FPÖ und BZÖ propagiert. Internationale, vergleichende Statistiken mit der Bundesrepublik Deutschland, wie sie seitens der ÖVP im Nationalratswahlkampf 2006 gebracht wurden, sind hingegen kontraproduktiv. Sie gleichen vielmehr einem Arzt, der dem sich krank fühlenden Patienten anhand eines Lexikons erklärt, er sei ein Hypochonder. Das mag medizinisch richtig sein, führt jedoch sowohl staats- als auch parteipolitisch zu Kontereffekten. Umgekehrt hat die SPÖ unverständlicherweise anfangs versucht, nach dem Aufkommen der BAWAG-ÖGB-Affäre im Frühjahr 2006 die Betroffenheit der Menschen zu leugnen, und von einem „Jetzt erst recht!“-Solidaritätsfaktor zu sprechen. Das spricht insbesondere SPÖ-Präferenten die Legitimität des Gefühls ab, das Ganze ungeheuerlich zu finden und über den Verbleib des eigenen Geldes verunsichert zu sein.

„Emotionen müssen ernst genommen werden, um von Ängsten geprägten Menschen ein Mehr an Sicherheit zu vermitteln.“

PETER FILZMAIER, ISAK

**IN MINDESTENS VIER FÄLLEN** der jüngeren Vergangenheit stellte das Sicherheitsthema sogar als unmittelbarer Kausalzusammenhang den Schlüsselfaktor für das Wahlergebnis und die Mehrheitsfindung dar:

■ In der Tiroler Landtagswahl 1999 befand sich allen Daten zufolge die SPÖ kontinuierlich im Steigen, die Landeshauptmannpartei ÖVP war im Sinkflug. Erst durch die Lawinenkatastrophe von Galtür konnte dieser von Landeshauptmann Wendelin Weingartner gestoppt werden. Weingartner war plötzlich omnipräsent, während sein Herausforderer Herbert Prock nach der offiziellen Vereinbarung eines Wahlkampfstopps im Landesinteresse keinen Handlungsspielraum hatte. Durch eine gelungene Krisenkommunikation begründete-



Foto: be.gestell



Foto: Photos.com

*Sicherheitsthemen haben schon so manche Wahl entschieden.*

te zudem der Bürgermeister von Galtür seine weitere Karriere.

- In der deutschen Bundestagswahl 2002 erschien ein Sieg der CDU/CSU mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber wahrscheinlich, bevor durch dramatische Hochwasser und den drohenden Irak-Krieg das Sicherheitsbedürfnis dramatisch stieg. Bundeskanzler Schröder konnte sein Medientalent als Krisenmanager – Stoiber reagierte zu spät – sowie den Amtsinhaberbonus nutzen, um nochmals knapp zu gewinnen.
- In den USA wählten in der Präsidentschaftswahl 2004 – nach dem 11. September und dem Irak-Krieg – von jenen Wählern, die Sicherheit als Top-Thema angaben, bis zu drei Viertel George Bush und nicht John Kerry. 2008 würde es John McCains Chancen dramatisch erhöhen, wenn klassische Sicherheitsthemen neuerlich dominanter werden. Der republikanische Kriegsveteran punktet damit im Vergleich zu den Demokraten ungleich mehr als in Debatten über Wirtschafts- und Sozialpolitik.

■ In der steirischen Landtagswahl 2005 hätten das regionale Hochwasser sowie der Hurrikan „Katrina“ in New Orleans der Amtsinhaberpartei ÖVP Ende August eine letzte Chance eröffnet, um eine Kehrtwendung der Stimmungslage auszulösen. Diese Chance wurde durch eine absurde Themensetzung – der Streit mit dem ehemaligen ÖVP-Landesrat Gerhard Hirschmann – vertan.

**GRENZEN DER POLITIK:** Gar so leicht ist es allerdings für Politiker nicht, mit Sicherheitsthemen zu punkten. Wer soll sich überhaupt um Sicherheit kümmern? Vertrauen in die Polizei, in Gerichte und in Behörden haben bis zu zwei Drittel der Österreicher. Der Regierung und dem Parlament vertraut jedoch nur ein Drittel, den Parteien nur 20 Prozent. Medien liegen unwesentlich besser. Mit anderen Worten: Die Hauptagenten der Vermittlung von Sicherheit, Politikerinnen und Politiker sowie Journalistinnen und Journalisten, werden als bedrohliches Feindbild und nicht als stabilisierender Sicherheitsfaktor gesehen. Daraus folgt, dass Sicherheit a) mehr entpolitisiert werden muss, sowie b) Sicherheitspolitik vor allem auch auf lokaler und fachspezifischer Ebene anzusetzen hat. Selbstverständlich sollte das sowohl mit viel Engagement geschehen als auch auf wissenschaftlicher Basis. Sicherheitsforschung ist somit Grundlage für sicherheitspolitisch neue Ideen bzw. neues Wissen. Zunehmend an Bedeutung gewinnen weiters Fragen der medialen Emotionalisierung, wobei negative Emotionen – Ängste und Ärger – bestimmend sind. Die Schlüsselfrage lautet daher „Was macht den Österreicherinnen und Österreichern Angst?“ Ein bloßes Allgemeinwissen über selbstverständliche Ängste wie Krankheit, Armut, Verbrechen oder Krieg ist nicht ausreichend. Die Politik muss glaubhaft einen Orientierungspunkt für von sehr spezifischer Angst erfüllte Menschen darstellen. Leider funktioniert das umgekehrt noch besser: Negativkampagnen können an Unsicherheiten der Wähler anknüpfen. Schon die Angst vor Veränderung und Unbekanntem etwa ist ein solches Beispiel. Wetten, dass Rattenfänger in der Politik und Boulevardkönige der Medien auf dieser Klaviatur wunderbar spielen können? ⌂

## Zur Person

Peter Filzmaier ist Leiter des Departments Politische Kommunikation und Professor für Demokratiestudien und Politikforschung an der Donau-Universität Krems, sowie geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen und Kommunikationsforschung (ISAK) in Wien.

### Kontakt:

ISAK  
Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier  
Loquaiplatz 12/6, 1060 Wien  
Tel.: +43 1 599 32-120  
E-Mail:  
peter.filzmaier@strategieanalysen.at  
<http://strategieanalysen.at>

# Sicherheit wächst – Skepsis bleibt

**ÖFFENTLICHE WAHRNEHMUNG.** Sicherheit ist für Herrn und Frau Österreicher ein wichtiges Thema. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Empirische Sozialforschung (IFES). Obwohl sich mehr als drei Viertel in Österreich nach wie vor sicher fühlen, blicken viele Bürgerinnen und Bürger gleichzeitig beunruhigt in die Zukunft. Sie rechnen mit einer Verschlechterung der Situation. »



Foto: Photodisc

Generell zeigen die Österreicherinnen und Österreicher sehr großes Interesse an allem, was mit dem Thema Sicherheit im Zusammenhang steht. Das habe sich auch in der großen Bereitschaft niedergeschlagen, an dieser Untersuchung teilzunehmen, berichtet Studienleiter Bernhard Raml. Die Sicherheitsforschung und Ausgaben für Sicherheit werden demnach als besonders wichtige Anliegen erachtet und unterstützt. 77 Prozent bezeichnen verstärkte Sicherheitsforschung als wichtig bis sehr wichtig. Dem stehen lediglich 18 Prozent gegenüber, die eine weitere Verstärkung als nachrangig betrachten. Die restlichen fünf Prozent haben keine Angaben gemacht. Die Verteilung ist dabei durch alle Bevölkerungs-

gruppen gleich: Sowohl Personen mit hohem subjektiven Sicherheitsgefühl als auch jene mit einem niedrigen plädieren in etwa im gleichen Maße für die Sicherheitsforschung. „Es ist daher davon auszugehen, dass selbst jene Österreicherinnen und Österreicher, die sich besonders sicher fühlen, Bestrebungen sehen wollen, dieses hohe Maß an erlebter Sicherheit aufrechtzuerhalten“, betont Raml.

Das subjektive Sicherheitsgefühl ist in Österreich sehr hoch: 39 Prozent der Befragten haben in der IFES-Studie angegeben, sich „sehr sicher“ zu fühlen, weitere 40 Prozent bewerteten ihr Sicherheitsgefühl auf der fünfstufigen Skala von eins (= sehr sicher) bis fünf (= gar nicht sicher) mit der Note zwei. Als dezidiert verunsichert be-

*Trotz überzeugender Erfolge in der Sicherheitsforschung blicken viele Bürgerinnen und Bürger skeptisch auf die kommenden Jahre.*

Foto: be.gesell



## „Selbst jene, die sich besonders sicher fühlen, wollen Bestrebungen sehen, dieses hohe Maß an erlebter Sicherheit aufrecht zu erhalten.“

BERNHARD RAML, IFES

zeichneten sich lediglich fünf Prozent der Bevölkerung. Wenn die Österreicherinnen und Österreicher ihr Land mit anderen EU-Staaten vergleichen, dann fällt ihr Urteil ebenfalls sehr positiv aus: 27 Prozent der Befragten glauben, dass die Sicherheitslage in unserem Land viel höher sei als in anderen EU-Staaten, „etwas sicherer“ fühlen sich immerhin weitere 45 Prozent. Lediglich vier Prozent sehen die Lage kritischer als in den anderen EU-Mitgliedsländern.

Auch wenn dieses Ergebnis auf den ersten Blick sehr erfreulich ist und den Anstrengungen der öffentlichen Einrichtungen für mehr Sicherheit ein gutes Zeugnis ausstellt, so ist auch ein Gegenteil zu beobachten: Nicht weniger als 46 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher haben den Eindruck gewonnen, dass unser Land in den vergangenen fünf Jahren weniger sicher geworden sei. Nur neun Prozent sprechen in diesem Zusammenhang von einer Verbesserung, der Rest sieht keine Veränderung der Lage. Bei den Verunsicherten haben sich folgende Gruppen herauskristallisiert:

- Frauen,
- Personen ab 50 Jahren,
- Personen mit niedrigerer Schulbildung,

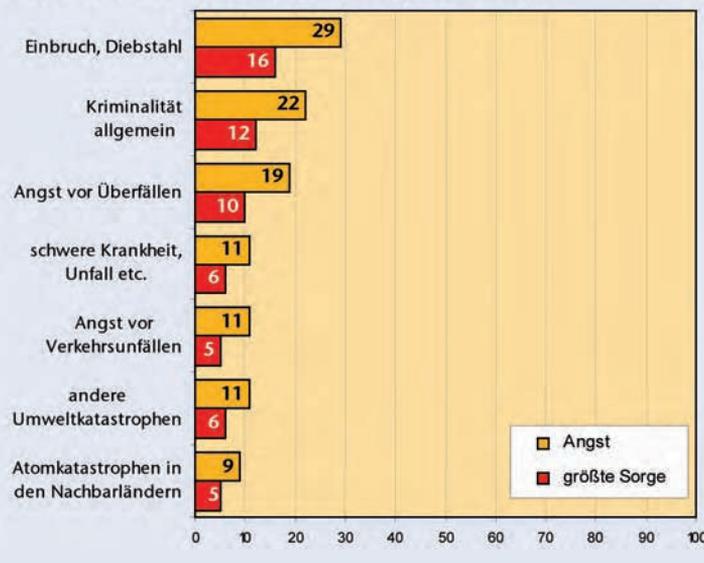
- Personen mit geringem Einkommen und geringem beruflichen, soziökonomischen Aufstiegspotenzial,
- Bewohnerinnen und Bewohner der Bundesländer Wien, Steiermark, Niederösterreich und Kärnten sowie
- Exklusivleserinnen und -leser der „Kronen Zeitung“.

Diese Aspekte sind zum Teil nicht unabhängig von einander: Gerade die älteren Österreicherinnen und Österreicher sind in der Gruppe derer mit geringerer formaler Schulbildung stärker vertreten als junge. Gleichzeitig gibt es einen starken Zusammenhang zwischen Bildung und Einkommen. Dass man sich in Ostösterreich weniger sicher fühlen als im Westen hat vor allem zwei Gründe: Eine mögliche Erklärung ist laut Raml, die größere Nähe zu Osteuropa bzw. dem Balkan und den damit verbundenen Ängsten und Vorurteilen. Im Burgenland ist zum Beispiel während des Befragungszeitraums die Grenzöffnung im Rahmen der Schengen-Erweiterung noch kein großes Thema gewesen, trotzdem sind schon Ängste bezüglich organisierter Banden, vermehrter Kriminalität aus dem Osten oder Bettelerei festzustellen gewesen.

**DER ZWEITE GRUND** aus seiner Sicht könnte sein, dass Wien als urbaner Raum eine Sonderstellung einnimmt: „Im Vergleich zu anderen Großstädten ist Wien zwar sehr sicher, im internationalen Vergleich stehen wir sehr gut da. Allerdings ist bei einem Österreich-Vergleich zu bedenken, dass der städtische

Bereich prinzipiell anders strukturiert ist als der ländliche. Hier konzentrieren sich bestimmte Formen der Kriminalität, die man anderswo nicht so stark hat, zum Beispiel Drogenhandel, eine Drogenszene im Allgemeinen, ein Rotlichtmilieu, stärkeres Auftreten von Taschendieben und Bettlern, die in Banden organisiert sind, Vandalismus usw. – all das sind Dinge, die trotz Gewöhnung die Menschen irritieren und das Sicherheitsgefühl beeinträchtigen.“

Frage: Wenn Sie an Ihre persönliche Sicherheit denken – wovor haben Sie da am ehesten Angst? Und wovor noch? Und was davon macht Ihnen die größten Sorgen? (in Prozent)



Grafik: IFES

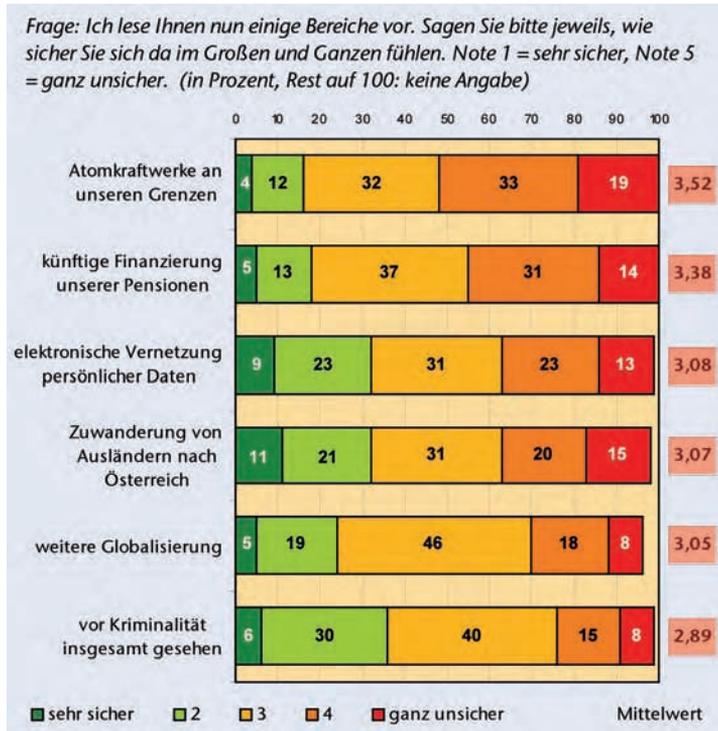
Eine große Rolle spielen diesbezüglich auch die Medien: Laut Studienergebnissen ruft die Kronen Zeitung, als reichweitenstärkstes heimisches Medium, durch die Art ihrer Berichterstattung bei ihren Leserinnen und Lesern eine stärkere Verunsicherung hervor – und zwar quer durch alle Alters-, Bildungs- und Einkommensschichten. Dieses Phänomen ist laut Raml bei Leserinnen und Lesern anderer Tageszeitungen bzw. jenen, die zusätzlich weitere Tageszeitungen lesen, in einem deutlich geringeren Ausmaß oder gar nicht festzustellen.

**AUF DIE FRAGE, WOVOR MAN AM EHESTEN ANGST HAT** bzw. was davon die größten Sorgen bereitet, liegen Einbruch und Diebstahl, die allgemeine Kriminalität und Angst vor Überfällen klar voran. Gemeinsam machen sie 70 Prozent (allgemeine Ängste) bzw. 38 Prozent (größte Sorgen) der spontanen Nennungen aus. Aber schon gleich danach folgt „das Schicksalhafte“, wie Raml es formuliert: schwere Krankheit, allgemeine Unfälle usw. plus die Angst vor Verkehrsunfällen (22 bzw. elf Prozent Ängste/Sorgen). Immer noch sehr wichtig sind Umweltkatastrophen und Atomkatastrophen in Nachbarländern – dieses Unbehagen besteht vor allem in Oberösterreich.

Auch bei den Ängsten und Sorgen spiegelt sich das vorhin erwähnte soziodemographische Schema wider, wonach sich Frauen, Personen über 50, Personen mit niedriger formaler Schulbildung etc. speziell davor fürchten. Weniger Bedeutung wird Themen wie Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, Terroranschlägen, Krieg und militärischen Bedrohungen beigemessen. Daneben gibt es ungefähr auf gleichem Niveau Ängste vor sozialem Abstieg und Wohlstandsverlust (Arbeitslosigkeit, Abbau von Sozialleistungen, nicht ausreichende Pension). Trotz der vergleichsweise seltenen Nennung seien diese angeführten Punkte angesichts des spontanen Assoziationscharakters der Frage durchaus relevant, betont Raml; die gestützte Detailabfrage zeige hier zum Teil beachtliche Ängste und Sorgen. Er folgert daraus, dass diese Bereiche im Bewusstsein nicht vorrangig mit Sicherheit in Verbindung gebracht werden – ein Umstand, der bei der Kommunikation der Sicherheitsforschung berücksichtigt werden sollte.

**GEHT ES UM DIE BEWERTUNG** von bestimmten und dezidiert abgefragten Bedrohungsszenarien, dann zeigt sich nämlich ein anderes Bild: Hier liegt die Angst vor einem Atomunfall in der Nähe der Grenzen weit

voran, gefolgt von der Unsicherheit bezüglich der Finanzierbarkeit unserer Pensionen. An dritter Stelle folgt schon die elektronische Vernetzung persönlicher Daten – und das, obwohl der Einschränkung priva-



ter Freiheit durch den Staat bei den spontanen Nennungen nur eine geringe Bedeutung eingeräumt wurde. Jetzt spielt aber auch die Zuwanderung von Ausländern nach Österreich und die Globalisierung eine wichtige Rolle, während die Kriminalität insgesamt jetzt erst auf Platz sechs landet. „Wenn man allgemein von Sicherheit spricht, dann denken die Menschen vorrangig an die Kriminalität. Aber wenn man subtiler nachfragt und sich genauer mit diesem Thema beschäftigt, dann tauchen viele andere Punkte auf. Das heißt, dass bei den Österreichern zumindest unbewusst ein sehr breiter Sicherheitsbegriff verankert ist. Die statistischen Analysen zeigen nämlich einen starken Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Sicherheitsbewusstsein und sozialen Ängsten, wie Wohlstandsverlust, Arbeitslosigkeit, gesellschaftliche Konflikte usw. – gemeinsam mit der Sicherheit im Wohnbereich und der Kriminalität sind das die wichtigsten Faktoren für das Sicherheitsgefühl“, berichtet Raml.

**ANGESICHTS DER STARKEN VERNETZUNG** von Sicherheit und Kriminalität wird die Polizei mit Abstand am häufigsten als verant-

FG Grafik: IFFES



Foto: Photos.com

*Das Gefühl von Sicherheit setzt sich aus vielen subjektiv wahrgenommenen Bausteinen zusammen.*

wortlich für die Sicherheit gesehen. Bei der Möglichkeit von Mehrfachnennungen waren 75 Prozent der Befragten dieser Meinung. Relativ häufig (25 Prozent) wird auch die Bundesregierung genannt, gefolgt von der Eigenverantwortung jedes Einzelnen in der Gesellschaft (24 Prozent). Während die EU für die internationale Sicherheit als relativ bedeutend eingestuft wurde, wird ihre Rolle für die Sicherheit in Österreich hingegen völlig unterschätzt: Nur 0,5 Prozent der Befragten räumen ihr dafür eine Bedeutung ein. „Die EU kommt nur am Rande vor, den Befragten ist wichtig, was die Zuständigen in Österreich zum Thema Sicherheit sagen. Dass viele sicherheitsrelevante Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden, dass es starke Verknüpfungen in der EU gibt – zum Beispiel mit Europol –, ist den Österreicher kaum bewusst.“

**ZUSAMMENFASSEND** könne gesagt werden, dass die Bevölkerung Sicherheitsthemen als relevant und hochinteressant betrachte, dass allerdings eine verstärkte Kommunikation notwendig sei, um mehr Wissen und Verständnis über die Sicherheitsforschung zu verbreiten, betont Raml. Aus den Ergebnissen lasse sich auch ein Bedürfnis der Österreicher nach sichtbaren Aktivitäten und Maßnahmen ableiten, die Kriminalität, Zuwanderung, soziale Sicherheit und Umweltschutz betreffen. Zusätzlich empfiehlt er angesichts der Studienergebnisse eine zielgruppengerechte Aufbereitung der Kommunikation nach

- Geschlecht – mehr frauenspezifische Themen,
- Urbanisierungsgrad – Kriminalität und Zuwanderung sind in Städten relevant, während in ländlichen Gebieten z. B. konkrete Umweltbedrohungen eher ein Thema sind,
- Bildung – da höher Gebildete ein stärkeres Sicherheitsempfinden haben, sollte die Kommunikation möglichst für bildungsfernere Schichten maßgeschneidert sein,
- Medien, vor allem Printmedien, sollten mit einbezogen werden, da sie noch vor dem Fernsehen die wichtigste Informationsquelle zum Thema Sicherheit darstellen.

**AUS ALL DIESEN ERGEBNISSEN LEITET DIE STUDIE VIER SCHWERPUNKTE AB:** Die Bekämpfung der Kriminalität ist vor allem in den Städten und in Ost- sowie Südösterreich das Um und Auf, um ein noch höheres Sicherheitsgefühl zu erzielen. Gleichzeitig ist die Integration von Zuwanderern und die Förderung eines interkulturellen Zusammenhalts ein landesweites Thema. Sowohl Einheimische als auch Zuwanderer äußern diesbezüglich Sorgen und Ängste vor einer Radikalisierung bestimmter Splittergruppen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Angst vor Wohlstandsverlust und sozialem Abstieg. Und schlussendlich fühlt sich die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher vom Klimawandel und damit von Naturkatastrophen bedroht. ⏪

## Studiendesign

IFES hat für diese Studie im Zeitraum 30. Juli bis 14. August 2007 insgesamt 1.500 ÖsterreicherInnen über 18 Jahre befragt. Nachdem KIRAS auf einen umfassenden, ganzheitlichen Begriff der Sicherheit abzielt, wurden neben der militärischen und zivilen Sicherheit auch ökologische, wirtschaftliche, politische, kulturelle und soziale Aspekte berücksichtigt.

### Kontakt:

IFES – Institut für empirische Sozialforschung GmbH  
 MMag. Reinhard Raml  
 Teinfaltstraße 8  
 1010 Wien  
 Tel.: +43 1 546 70-321  
 E-Mail: reinhard.raml@ifes.at  
 www.ifes.at

# Überwachung, aber mit Augenmaß

**WAHRNEHMUNG.** Die heimische Bevölkerung steht Sicherungsmaßnahmen, wie etwa der Videoüberwachung, durchaus positiv gegenüber. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Mitropa-Untersuchung, aus der Mitropa-Leiter und Ex-Innenminister Karl Blecha die interessantesten Ergebnisse kommentiert. »

*Herr Blecha, das Forschungsinstitut Mitropa hat jetzt eine Studie veröffentlicht, wie sehr die Österreicherinnen und Österreicher Überwachungsmaßnahmen akzeptieren. Wie lautet der Tenor dieser Befragung?*

Die Österreicherinnen und Österreicher stehen den über die Medien bekannt gemachten Überwachungsmaßnahmen sehr positiv gegenüber, vor allem die Videoüberwachung wird weitgehend akzeptiert. Sie glauben, dadurch ein verstärktes Sicherheitsgefühl zu bekommen. Derzeit ist es noch so, dass sich die überwältigende Mehrheit durch eine Videoüberwachung nicht in ihrer Privatsphäre bedroht sieht. Man akzeptiert sie vielmehr, weil sie dabei hilft, Diebe, Räuber oder Terroristen ausfindig zu machen.

*Mittlerweile gibt es schon sehr viele Standorte, an denen Videokameras angebracht sind, die meisten bemerkt man nicht auf den ersten Blick. Glauben Sie, das Bewusstsein darüber würde etwas an dieser positiven Einstellung ändern?*

Aufgrund der vorliegenden Studie glaube ich nicht, dass sich dadurch etwas ändern würde. Ob jemand eine Kamera sieht oder nicht, ist nicht so wichtig.

*Wie ist die Einstellung anderen Überwachungsmaßnahmen gegenüber? In Deutschland sind zum Beispiel die Wogen wegen der Schaffung eines „Bundestrojaners“ hochgegangen, mit dem online Rechner durchsucht werden können. Würde dies bei uns ähnliche Reaktionen hervorrufen oder akzeptieren die Österreicherinnen und Österreicher aufgrund der positiven Einstellung der Videoüberwachung gegenüber auch solche Maßnahmen?*

Nach derzeitigem Stand würden die Österreicherinnen und Österreicher eine Art Bundestrojaner sehr wohl akzeptieren. Allerdings liegt das zum Teil daran, dass im Vergleich zu anderen europäischen Ländern bei uns der Datenschutz kein vorrangiges Thema ist, auch das Wissen über die Gefahr eines möglichen Missbrauchs ist nicht weit verbreitet. Dass durch die Datensammlung und -speicherung, die mit der



*Laut aktueller Mitropa-Studie erzeugen Überwachungseinrichtungen bei den Österreicherinnen und Österreichern ein Gefühl von Sicherheit.*

Foto: Photos.com

Überwachung verbunden sind, tatsächlich ein Eingriff in ihre Privatsphäre möglich wird, das ist den Österreicherinnen und Österreichern oft nicht bewusst. Generell hat man die Einstellung: „Weil ich ein braver Mensch bin und nichts angestellt habe, kann mir nichts passieren.“ Dabei ist die Bedrohung der Privatsphäre sehr hoch, wenn keine funktionierenden Kontrollmechanismen eingesetzt werden.



*In einer IFES-Studie über das Sicherheitsgefühl in Österreich (die Zusammenfassung finden Sie ab Seite 19) haben sich Bevölkerungsgruppen herauskristallisiert, die sich weniger sicher fühlen. Gibt es einen ähnlichen Trend bei der Akzeptanz staatlicher Überwachungsmaßnahmen?*

Den gibt es. Genau jene Gruppen, die sich weniger sicher fühlen, stehen der staatlichen Überwachung besonders positiv gegenüber. Das sind vor allem Frauen und alte Menschen, aber auch Personen mit schlechterer Bildung und niedrigerem Einkommen. Wenn es jemandem sozial schlechter geht, dann wirkt sich diese soziale Unzufriedenheit sehr stark auf das subjektive Sicherheitsgefühl aus. Und diese generelle Verunsicherung wird dann zum Beispiel durch eine Videoüberwachung ein wenig abgeschwächt.

*Lässt sich aus der hohen Akzeptanz der Videoüberwachung vielleicht ableiten, dass die Österreicherinnen und Österreicher im Vergleich zu anderen EU-Bürgern ein höheres Schutzbedürfnis haben?*

Nein, das lässt sich aus der Studie nicht herauslesen. Aber sie bestätigt, dass die Sicherheitsverhältnisse bei uns besser beurteilt werden als in anderen Staaten. Der Österreicher ist davon überzeugt, dass Österreich ein sehr sicheres Land ist, hat aber unheimliche Angst davor, dass das nicht mehr lange so sein könnte.

*Inwiefern spielt hier die Schengenerweiterung eine Rolle?*

Schengen spielt eine Rolle, wobei man den Informationsstand der Österreicher allerdings nicht überschätzen darf. Die meisten Österreicherinnen und Österreicher wissen gar nicht, was „Schengen“ bedeutet. Sie wissen nur eines: Die EU ist größer geworden, und es kommen Leute jetzt viel leichter ins Land. Und das erhöht aus ihrer Sicht die Gefahr der Kriminalität zum Beispiel durch Ostbanden und dergleichen.

*Gibt es bei der Akzeptanz der Überwachung einen Unterschied zwischen staatlichen und privaten Maßnahmen?*

Die Einstellung ist hier eine ganz klare: Wenn es von öffentlicher Seite gemacht wird, dann wird es wesentlich stärker akzeptiert als von Privaten. Überwachungsmaßnahmen von Sicherheitseinrichtungen des Staates werden als dem eigenen Schutz dienend eingestuft, es wird davon ausgegangen, dass sie nicht gegen die eigene Person verwendet werden. Hier kommt die vorhin erwähnte Einstellung „ich habe ja nichts angestellt“ zum Tragen. Vor der Kriminalität haben die Menschen Angst, und sie haben Angst, dass sie weiter steigt. Also sind sie auch dafür, dass Verbrechen noch effektiver bekämpft werden.

Wenn das durch moderne technische Mittel wie der Videoüberwachung geschieht, dann sind die Österreicherinnen und Österreicher sehr dafür. Anders sieht es bei den privaten Einrichtungen aus. Bei ihnen wissen die Menschen nie so genau, was wirklich dahinter steckt. Wozu dient die private Überwachung? Da ist man skeptisch und sehr vorsichtig. Hier gibt es jene Sensibilität, die bei der staatlichen Überwachung fehlt. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe.

*Das heißt, es gibt zumindest unerschwellig sehr wohl ein Bewusstsein, wenn es um den Datenschutz geht?*

So deutlich würde ich es nicht sagen. Bei staatlicher Überwachung geht es um die Bekämpfung der Kriminalität. Besonders wichtig sind dabei Eigentumsdelikte, Vandalismus, Drogenhandel und der Kampf gegen den Terrorismus. Eine der größten Rollen spielt der Schutz vor Kindesmissbrauch. Und hier ist es den Österreicherinnen und Österreichern besonders wichtig, zu unterstreichen, dass sie bzw. er in keine dieser Kategorien fällt. Hier nimmt man auch mehr oder weniger in Kauf, dass die persönlichen Rechte beschnitten werden könnten.

Anders sieht das bei Überwachungsmaßnahmen von privater Seite aus, hier ist man sehr skeptisch: „Ein Privater schützt mich ja nicht vor einem Drogendealer, er verhindert nicht, dass bei mir eingebrochen wird. Also was will er? Will er meine Vermögenssituation erkunden, um mir dann irgendetwas zu verkaufen, was ich nicht brauche? Wird er meine Daten an ein Adressbüro verkaufen? Bekommen meine Daten vielleicht Kriminelle in die Hand, die mich dann überfallen oder bei mir einbrechen?“ Wir sehen diese Skepsis immer wieder, wenn zum Beispiel eine Organisation wie der Pensionistenverband Aussendungen macht. Dann kommen oft Anfragen wie: „Wieso wissen Sie, dass ich Pensionist bin? Und woher haben Sie meine Adresse?“ Diese Zahl ist unglaublich gestiegen, sie geht in die Tausende.

*Die von ihnen erwähnten Delikte Einbruch, Raub, Drogenhandel und Kindesmissbrauch sind sehr emotional besetzt, weil diese sehr real sind und praktisch jeder damit in der einen oder anderen Form irgendwann konfrontiert wird. Sei es jetzt persönlich oder über Bekannte und Freunde. Unterstützen diese „plastischen Beispiele“ die Akzeptanz der Österreicherinnen und Österreicher bzw. nehmen sie hin, für die Verhinderung dieser Verbrechen einen Teil ihrer Privatsphäre zu opfern?*

Ganz zweifelsfrei. Und auch die Art und Weise, wie das in den Medien vermittelt und über sie wahrgenommen wird, spielt eine Rolle. Ihr Einfluss ist sehr groß, indem sie vorhandene Einstellungen verfestigen: Die Videoüberwachung dient der Kriminalitätsbekämpfung, bei der Weitergabe von persönlichen Daten an Private muss man vorsichtig sein.

*Das heißt, aus Ihrer Sicht müssen die Medien unbedingt miteinbezogen werden, wenn*

*auf die möglichen Gefahren von Überwachungsmaßnahmen hingewiesen werden soll?*

Ja, und das geschieht zum Teil auch – wenn die Medien zum Beispiel über jene Gefahren berichten, die durch die amerikanischen Gesetze drohen. Fluggastdaten-Übermittlung, Fingerabdrücke bei der Einreise etc. machen die Österreicherinnen und Österreicher stutzig. Da kommt immer öfter das Argument: „Das ist eine Schikane. Da fliege ich nicht mehr nach Amerika.“

**„Die Einschränkung der persönlichen Freiheit, wie sie in Amerika bereits Wirklichkeit geworden ist, darf bei uns nicht kommen.“**

KARL BLECHA, MITROPA

Die Einschränkung der persönlichen Freiheit, wie sie durch einige Gesetze in Amerika bereits Wirklichkeit geworden ist, darf bei uns nicht kommen. Das kann man nur durch entsprechende Aufklärung über die Medien und durch die Stärkung des Bewusstseins in der Bevölkerung erreichen. Bei der Terrorismusbekämpfung hat man zu meiner Zeit als Innenminister schon einiges über die Vernetzung der Daten und Dienste erreichen können. Aber diese Eingriffe, wie sie heute mehr oder weniger unkritisch hingenommen werden, daran hat man damals gar nicht zu denken gewagt. Ein Tippfehler oder eine Namensgleichheit mit einer/einem gesuchten Verbrecherin/Verbrecher reicht aus, und man hat massive Probleme. Es muss irgendwo Grenzen geben.

Es ist einer der Vorteile von KIRAS-Projekten, dass die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften sich mit diesem Problem von Anfang an beschäftigen und schon vorab überprüfen, ob alle Maßnahmen mit dem Datenschutz auch wirklich vereinbar sind. ⬅

## Zur Person

Dr. h. c. Karl Blecha bezeichnet sich als jemanden, der „sich früher sehr stark mit Sicherheitsfragen beschäftigen musste und bis heute nicht davon losgekommen ist“. Von 1983 bis 1989 war er Innenminister, nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik hat er das MITROPA-Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung gegründet, das Planungsunterlagen und Entscheidungshilfen für die Wirtschaft, Wissenschaft, Verwal-

tung sowie Medien erarbeitet. 1999 wurde Blecha außerdem zum Präsidenten des Pensionistenverbandes Österreichs bestellt.

### Kontakt:

Mitropa – Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung Gesellschaft m.b.H.  
Stubenring 14/9  
1010 Wien  
Tel.: +43 1 545 45 45

# Sicherheitswirtschaft: Boomender Industriezweig

**WIRTSCHAFTSMOTOR.** Österreichische Unternehmen machen mit ihren Produkten und Dienstleistungen für „Security“ mittlerweile zwischen 800 Millionen und einer Milliarde Euro Umsatz pro Jahr. Während jedoch die Dienstleister bereits gut aufgestellt sind, gibt es bei der Technologie noch erhebliches Entwicklungspotenzial. »



*Die Feuerwehr zählt als Ersthefter zu den wichtigen Anwendern neuer Technologien.*

Foto: ISCC

Eines der wesentlichen Programmziele von KIRAS ist es, das Wachstum der heimischen Sicherheitswirtschaft voranzutreiben. Es werden also nur jene Projekte gefördert, die auf lange Sicht Arbeitsplätze sichern bzw. schaffen und die Wertschöpfung im Inland erhöhen. Ein positiver Nebenaspekt ist dabei, dass dadurch auch die internationale Konkurrenzfähigkeit der beteiligten österreichischen Unternehmen gestärkt wird. Allerdings war bislang nicht bekannt, wie groß der Markt für öffentliche Sicherheit im Inland ist und wer die heimischen Anbieter sind.

**AUS DIESEM GRUND** wurde die PlanConsult Holding damit beauftragt, jene Unternehmen zu identifizieren, die unter den genannten Voraussetzungen Produkte und Dienstleistungen für die öffentliche Sicherheit („Security“) bereitstellen. Basis dafür sollten Expertengespräche, das Literaturstudium sowie die Auswertung von Datenbanken, Firmen- und Produktverzeichnissen sein. Allerdings hat sich rasch herausgestellt, dass Produkte und Dienstleistungen sehr oft wegen fehlenden sicherheitsrelevanten Basisdefinitionen wissenschaftlich nicht zufriedenstellend zugeordnet

werden konnten. Aus diesem Grund musste die Untersuchungsmethode erweitert werden: Zusätzlich folgten Gespräche mit den Sicherheitsverantwortlichen von Betreiberinnen und Betreibern kritischer Infrastruktur über die Art der sicherheitsrelevanten Anlagen und Dienstleistungen sowie deren Lieferanten.

Die nunmehr bekannten Firmen wurden auf ihre gesamte Geschäftstätigkeit (Umsatz und Mitarbeiter) hin befragt, auf die Geschäftstätigkeit im Sicherheitsbereich und schließlich auf den Teilaspekt Security. Des Weiteren hat die PlanConsult für die Studie unter anderem eng mit der Wirtschaftskammer Österreich, einzelnen Abteilungen im Bundeskanzleramt und Innenministerium zusammengearbeitet, sowie aus zugekauften Firmendatenbanken Detailinformationen über Mitgliedsunternehmen der österreichischen Sicherheitswirtschaft erhalten. Die Liste der Ausschlusskriterien ist lang, nicht berücksichtigt wurden unter anderem:

- Jene Unternehmen, die nur indirekt für das Funktionieren der kritischen Infrastruktur verantwortlich sind, wie Ausrüster von Security-Unternehmen bzw. Zulieferer, Dienstleister – einzige Ausnahme: die Lieferanten von Leitzentralen mit sicherheitsrelevanten Aufgaben, den sogenannten Control Center Solutions (Einsatzzentralen, Leitstellen)
- Lieferanten von Anlagen und Einrichtungen zur Verkehrssicherheit (Section Control, Signalanlagen etc.)
- Weltraumforschung und wissenschaftliche Infrastruktur
- Security-Importeure wegen der fehlenden Wertschöpfung im Inland
- Monteure von Security-Installationen
- Überwiegend exportorientierte Unternehmen, weil sie für den innerösterreichischen

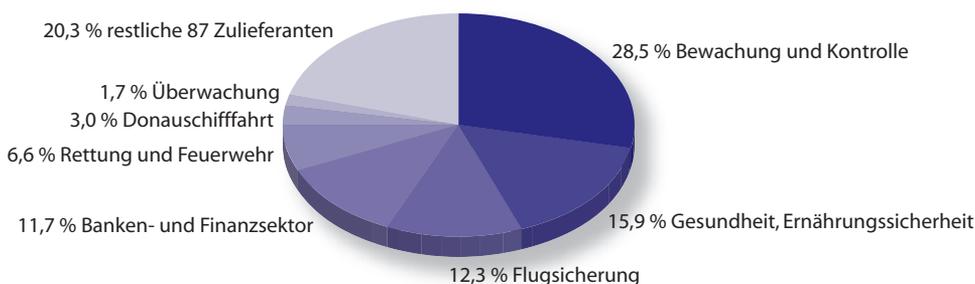
chischen Security-Markt damit keine große wirtschaftliche Bedeutung haben

Laut PlanConsult gibt es 102 österreichische Betriebe, die Produkte und Dienstleistungen für Security erbringen. Sie haben 2006 allein damit einen Umsatz von über 800 Millionen Euro erwirtschaftet und in diesem Segment etwa 7.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind sie aber nicht ausschließlich für öffentliche Stellen bzw. Betreiber kritischer Infrastruktur tätig. Ihr Gesamtumsatz aus allen Geschäftsbereichen hat daher insgesamt etwa sieben Milliarden Euro betragen, davon sind etwa 2,3 Milliarden auf die gesamte Sicherheit (Safety und Security) entfallen. Hier fanden auch etwa 50 Prozent der in Summe rund 38.000 Beschäftigten einen Job.

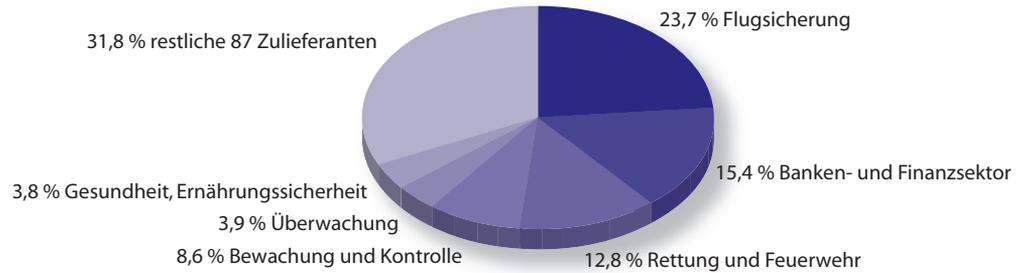
**ANALYSIERT MAN DIE UNTERNEHMEN NACH BESCHÄFTIGTEN UND BEREICHEN,** dann ergibt sich folgendes Bild: Angeführt werden die Top fünf von der AGES – Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit. Im Auftrag der Republik Österreich untersucht und begutachtet sie Nahrungsmittel nach dem österreichischen Lebensmittelgesetz, führt veterinärmedizinische Untersuchungen durch und beschäftigt sich mit Bekämpfung und Prävention von Infektionskrankheiten beim Menschen. Auf Platz zwei liegt ebenfalls ein zur Gänze in Staatsbesitz befindliches Unternehmen: Die Austrocontrol ist unter anderem zuständig für die Flugsicherung inklusive technischer Anlagen wie Radar, den Flugwetterdienst, Prüfung der Verkehrstauglichkeit von Flugzeugen usw. Auf Platz drei folgt die Vienna International Airport Security Services (VIAS), die zu 100 Prozent der Flughafen Wien AG gehört. Die VIAS führt im Auftrag des Bun-

**Die Top-5-Security-Dienstleister beschäftigen etwas mehr als 50 Prozent aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Branche.**

**Struktur der Security-Wirtschaft nach Beschäftigten und Bereichen**



### Struktur der Security-Wirtschaft nach Umsätzen und Bereichen



desministeriums für Inneres Personen- und Handgepäckskontrollen durch, für andere Kunden aus der Luftfahrtbranche erbringt sie Leistungen wie Großgepäckskontrollen. Auf den Rängen vier und fünf liegen die G4S Security Services (zu 100 Prozent in dänischem Besitz) und die Securitas Sicherheitsdienstleistungen (zu 100 Prozent in schwedischem Besitz).

**DIESE FÜNF UNTERNEHMEN** erbringen ausschließlich Dienstleistungen, erwirtschaften ihren gesamten Umsatz mit Security und beschäftigen mit 3.900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter etwas mehr als die Hälfte (51,5 Prozent) der Arbeitskräfte aller Security-Unternehmen. Helmuth Kuntscher, Direktor der PlanConsult-Gruppe, räumt allerdings ein: „Während Security-Dienstleistungen überwiegend von Tochterunternehmen ausländischer Konzerne angeboten werden, dominieren österreichische Unternehmen den Produktionssektor.“



Foto: be gestellt

## „Die Position österreichischer Produktionsunternehmen im Security-Sektor muss gestärkt werden.“

HELMUTH KUNTSCHER, PLANCONSULT

**REIHT MAN DIE LIEFERANTEN NACH UMSATZ UND BEREICHEN**, dann zeigt sich ein etwas anderes Bild. „Das ist darauf zurückzuführen, dass Produktionsunternehmen verglichen mit Dienstleistern einen höheren Umsatz pro Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter erzielen“, so Kuntscher.

Zwar ist die Austrocontrol hier mit großem Vorsprung die Nummer eins, mit Rosenbauer liegt auf Platz zwei allerdings ein Produktionsbetrieb. Seine breite Palette an kommunalen, Flughafen- und Industrielöschfahrzeugen sowie Hubrettungsgeräten und feuerwehrspezifischer Ausrüstung,

hat diesen Konzern weltweit zum zweitgrößten Hersteller in diesem Segment wachsen lassen. Drittgrößter Anbieter in Österreich ist mit der Austria Card eine Tochter der Oesterreichischen Nationalbank. Das Unternehmen entwickelt und erzeugt hochsichere Chipkarten für elektronische Zahlungen, Telekommunikation und Identifikation. Die First Data Austria hat sich ebenfalls auf kartengestützten, bargeldlosen Zahlungsverkehr spezialisiert. Platz fünf geht an die PKE Electronics, ein führendes Dienstleistungsunternehmen bei komplexen Stark-, Schwachstrom- und Telekommunikationsprojekten. So wie bei der Reihung nach Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dominieren die fünf Spitzenreiter auch in dieser Wertung den Markt. Hier lag ihr Anteil 2006 bei knapp 360 Millionen Euro am gesamten Security-Umsatz, das sind etwa 44 Prozent.

**AUCH WENN BEZÜGLICH DER UMSÄTZE** die Produktionsbetriebe relativ gut abschneiden, so ändert das nichts an der Tatsache, dass die Dienstleister in Österreich eindeutig voran sind. Rechnet man von letzteren alle unter den Top-15-Unternehmen zusammen, dann beschäftigen sie fast 63 Prozent aller in der Sicherheitswirtschaft tätigen Personen. „Dies zeigt die Notwendigkeit auf, die Position österreichischer Produktionsunternehmen im Security-Sektor zu stärken“, lautet Kuntschers Resümee. ☞

### Kontakt :

PlanConsult Holding GmbH  
 DI Helmuth Kuntscher  
 Wipplinger Straße 20  
 1011 Wien  
 Tel: +43 1 522 05 05  
 E-Mail: planconsult@planconsult.com  
 www.planconsult.com

# Österreich investiert massiv in Sicherheit

**SECURITY-AUSGABEN.** Laut einer Studie der 4C-Foresee Management Consulting, geben öffentliche Stellen in Österreich rund eine Milliarde Euro für den Schutz kritischer Infrastrukturen aus. Damit liegt unser Land international im Spitzenfeld und bei den Pro-Kopf-Ausgaben noch vor Deutschland und den USA. »

So wie die Studie der PlanConsult hatte auch die Untersuchung von 4C-Foresee die Aufgabe, den „Markt“ für öffentliche Sicherheit zu untersuchen und zu beschreiben. Während erstere sich jedoch von der Angebotsseite nähert und jene Firmen ermittelt hat, die in der Sicherheitswirtschaft tätig sind, befasst sich 4C-Foresee mit dem Bedarf des „öffentlichen Gutes Sicherheit“. Nachdem diese Betrachtungsweise sehr stark von den politischen Zielen abhängt und Sicherheit in diesem Kontext nur schwer in konkrete Zahlen gegossen werden kann, konzentrierten sich die Studienautorinnen und -autoren auf drei verschiedene Ansätze, um dennoch zu quantifizierbaren Größen zu kommen. Der erste ist die Abschätzung, die aus Risikoanalysen abgeleitet wird. Dabei werden zunächst die Risiken für die kritische Infrastruktur geschätzt und anschließend die möglichen Konsequenzen abgeleitet.

Das ist allerdings außerordentlich komplex, wie allein das Beispiel Hochwasser zeigt. So sind zunächst alle Schäden in den betroffenen Bundesländern zu ermitteln, die Haushalte (Investitionsgüter), Betriebe und Land-/Forstwirtschaften (Gebäude, Investitionsgüter, Lager, Produktionsausfälle) sowie die öffentliche Hand (Gebäude, Investitionsgüter, Infrastruktur) betreffen. Anschließend wird untersucht, wie hoch die Kosten für die Schadensbeseitigung und für die anschließende Prävention sind, zum Beispiel Wildbachverbauungen als Sofortmaßnahmen. In einem dritten Schritt betrachtet man, was die sogenannten Bedarfsträger (Bund, Länder, Gemeinden, Betreiber etc.) bisher an Maßnahmen gesetzt haben und wie kompliziert die institutionelle Zuständigkeit ist.

**IST DIE ABSCHÄTZUNG ALLEIN AUS DER RISIKOANALYSE** für das Hochwasser schon eine komplexe und aufwändige Aufgabe, so müsste dieser Vorgang für jede einzelne Bedrohung wiederholt werden: Terrorismus mit konventionellen Waffen, Anschläge mit chemischen, biologischen sowie mit atomaren Mitteln, Chemieunfälle, Lawinen, Trinkwasserverseuchung, Erdbeben etc. „Dies zeigt, dass im Security-Markt der öffentliche vom privaten Bereich nur sehr



Foto: Photos.com

schwer abzugrenzen ist“, betont Studienleiter Werner Clement. Aus diesem Grund ist der zweite Ansatz wesentlich besser geeignet: die Recherche bei den Bedarfsträgern, also den zuständigen Ministerien sowie den Bundesländern und Gemeinden, wie viel sie pro Jahr für den Schutz der kritischen Infrastruktur ausgeben bzw. wie hoch ihre Budgets dafür sind.

Auf Bundesebene ist das Innenministerium vorrangig für Prävention und Beseitigung von Security-Krisen und Katastrophen verantwortlich (Sicherheitsausgaben und Zivilschutz). Schlüsselstellen haben

auch die Bundesministerien für Finanzen (Katastrophenfonds), Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung, notstandspolitische Maßnahmen), Gesundheit und Frauen (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit, Vorsorgemedizin und epidemiologische Maßnahmen, Strahlenschutz), Landesverteidigung (Assistenzeinsatz, Grenzüberwachung und Katastrophenhilfe, Unterstützungsleistungen), Umwelt (Strahlenschutz), Äußeres (Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland) sowie Verkehr, Innovation und Technologie (Wasserbau – Mittel des Katastrophenfonds). Für die Intervention bei Großkatastrophen gibt der Bund den Großteil der Aufgaben an die Länder (Verkehr, Innovation und Technologie, Landeswahrzentralen, freiwillige Einsatzorganisationen) und bei sonstigen Katastrophen an die Bezirksverwaltung bzw. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ab.

**URSPRÜNGLICH SOLLTEN DIE ZAHLEN** mittels Fragebögen und Interviews erhoben werden, aufgrund der Vertraulichkeit vieler Daten wurden schließlich die veröffentlichten Budgets genommen und daraus die relevanten Größenordnungen ermittelt. Dabei stand Clement zunächst vor der Frage, ob die Personalkosten dieser Stellen in die Berechnungen mit einfließen sollten oder nicht. „Wir haben uns hier an der Vorgangsweise der USA orientiert. Bei der Homeland Security ist man der Meinung, dass Produkte und Dienstleistungen auf einem offen zugänglichen Markt angeboten werden. Beamte und die Ausgaben für diese fallen hingegen nicht darunter, die Personalkosten öffentlicher Bedarfsträger werden daher aus der Abschätzung des Marktes für Security ausgegliedert.“ In weiterer Folge wurden diese auch nicht berücksichtigt.

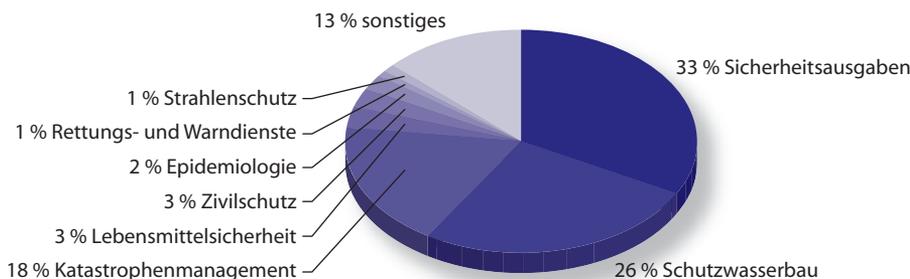
Ohne Personalausgaben und ohne die Doppelzählung des Katastrophenfonds hat der Bund 2006 demnach fast 760 Millionen Euro für Security ausgegeben. Die Ausgaben der Bundesländer lagen in diesem Zeitraum bei rund 280 Millionen Euro. Fast die Hälfte der Ausgaben ist dabei auf Wien entfallen, für das Burgenland musste 4C-Foresee die Ergebnisse hochrechnen, weil keine Daten vorlagen. Damit werden die Zahlen der PlanConsult-Studie im Wesentlichen bestätigt, wonach der Gesamtmarkt für Security bei rund einer Milliarde Euro pro Jahr liegt.

**GESAMTWIRTSCHAFTLICH BETRACHTET** heißt das neuerlich, dass die Investitionen in diesem Bereich deutlich sichtbare Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft haben: Für jeden Euro, der dafür ausgegeben wird, werden laut 4C-Foresee je nach Branche Effekte im Ausmaß von 1,78 bis 3,06 Euro erzielt. Diese Hebeleffekte sind in beschäftigungsintensiven Branchen niedriger und bei wertschöpfungsintensiven höher. Der Effekt auf den Bruttoproduktionswert liegt in einer Bandbreite zwischen 1,4 und 2,5 Milliarden Euro, die Importquote von rund 20 Prozent wurde dabei herausgerechnet. Auf die Beschäftigung umgerechnet heißt das, dass mit Security 11.200 bis fast 20.000 Arbeitsplätze gesichert werden.

Als weiteren Schritt hat Clement die Ergebnisse mit jenen in Großbritannien (Security-Ausgaben: umgerechnet acht Milliarden Euro), Deutschland (zehn Milliarden Euro) und den USA (umgerechnet 21 Milliarden Euro) verglichen, weil in diesen Ländern der Security-Markt quantitativ gut abgebildet ist. Clement merkt aber an, dass die ermittelten Werte nicht 100-prozentig vergleichbar sind, weil dieser Bereich eine Querschnittsmaterie ist, die Abgrenzung in den einzelnen Staaten unterschiedlich erfolgt und die Erhebungsmethoden daher inhomogen sind.

„Die vergleichende Darstellung ist aber gut geeignet, Trends bzw. die Wichtigkeit der Themas Security in den Ländern widerzuspiegeln“, so Clement. Mit Pro-Kopf-Ausgaben in diesem Bereich liegt Österreich mit etwas mehr als 123 Euro knapp vor Deutschland (rund 121 Euro) und überraschend weit vor den USA (104 Euro), nur Großbritannien gibt pro Einwohnerin bzw. Einwohner mehr Geld aus (132 Euro). Setzt man das in Relation zum Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – bei dem Österreich an dritter Stelle hinter den USA und Großbritannien liegt – dann wird dieses positive Bild unterstrichen.

**Security Ausgaben des Bundes und der Bundesländer**



**DER MARKT FÜR SECURITY** ist unmittelbar verbunden mit Kompetenz in bestimmten Technologien, die wiederum auf Sicherheitsforschung und vorgelagerter Forschung basieren. Öffentliche Stellen haben dabei in den vergangenen Jahren durchaus Impulse zur Steigerung der generellen Forschungsquote geliefert. Die Ausgaben aller Bedarfsträger für Sicherheitsforschung lagen 2006 bei mehr als 105 Millionen Euro, davon sind allein rund zwölf Millionen auf das Sicherheitsforschungsprogramm KIRAS entfallen.

Inklusive der Forschungseffekte aus verschiedenen Verflechtungen wird von den öffentlichen Bedarfsträgern damit ein Volumen von bis zu 184 Millionen Euro für die Sicherheitsforschung beauftragt bzw. finanziert. Diese Summe müsste laut Clement noch um die private Forschung erhöht werden, die nicht von den Bedarfsträgern induziert wird. Internationale Daten wiesen hier ebenfalls ein erhebliches und stark wachsendes Potenzial aus, betont er. Damit ist in Österreich ein beträchtliches Potenzial für Sicherheitsforschung vorhanden und Programme wie KIRAS haben einen ankurbelnden Effekt.

Die PlanConsult-Studie hat sich intensiv mit der Angebotsseite für Security-Produkte und -Dienstleistungen befasst und dabei zwei Schwerpunkte gefunden: Zivilschutz und Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT). „Bei IKT gibt es allerdings das Problem, dass in den Budgets nicht getrennt werden kann, was ist IKT-Schutz nach außen im Sinne von Security und was ist Schutz der eigenen Infrastruktur für Computer bzw. für das EDV-System. Letzteres können ganz normale Computer-schutzmaßnahmen gegen Viren und ähnliches sein“, gibt Clement zu bedenken.

**EINE GEMEINSAME STUDIE** der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Austrian Research Centers (ARC) verweist demgegenüber explizit auf die hohe Kompetenz österreichischer Forschungseinrichtungen in folgenden Security-Bereichen:

- Nachrichtentechnik
- Mess- und Regelungstechnik
- Sensorsysteme und Bilderkennungsverfahren
- Spezialfahrzeuge
- Tunnelsicherheit
- Schutzanzüge und textile Ausrüstungsgegenstände
- Softwaresicherheit
- Simulationsverfahren für Störfallmanagement

- Verschlüsselungstechnologien
- Medizinische Sicherheit und Biotechnologie
- Naturgefahrenmanagement
- Konfliktforschung
- Kriseninterventionsforschung

Auch wenn beide Arbeiten interessante Einsichten vermittelten, so müsste es dennoch einer Intensivstudie vorbehalten sein, hier eine umfassende statistische und beschreibende Untersuchung über das detaillierte Angebotspotenzial zu erstellen, meint

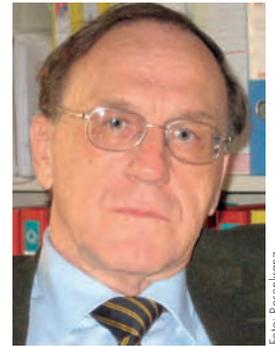


Foto: Rosenhantz

**„Unsere Aufgabenstellung für die Zukunft muss lauten, wie Kompetenz in anderen Sparten in sicherheitsrelevante Technologien und damit in Produkte und Dienstleistungen transferiert werden kann.“**

WERNER CLEMENT, 4C-FORESEE

Clement. Bei einer derartigen Studie würde vermutlich heraus kommen, dass Kompetenz in verschiedenen technologischen und sozialen Bereichen in Zukunft gut für Security verwendet werden könnte. „Genau dieses Ziel haben die künftigen Ausschreibungen von KIRAS. Bis zum Vorliegen ihrer Ergebnisse kann nur spekuliert werden, welche thematischen Bereiche hier besonders zu beobachten und sensibilisieren wären“, betont der Studienleiter.

**ALS WICHTIG FÜR DIE ZUKUNFT** erachtet er dabei, wie Kompetenz in anderen Sparten wie Sensoren, Oberflächentechnik, Werkstoffe oder IKT in sicherheitsrelevante angewandte Technologien und dann in Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden kann. Zusätzlich sollten laut Clement andere Förderprogramme wie beispielsweise COMET oder Initiativen wie die Cluster im Hinblick auf Security-Relevanz durchleuchtet sowie Forschungsinstitute und Firmen ausfindig gemacht werden, die neue Produkte und Dienstleistungen für neue Nischen des Security-Marktes erstellen können. ☞

### Kontakt:

4C-Foresee Management Consulting GmbH  
 Dr. Werner Clement, o. Univ.-Prof. i.R.  
 Schloß Schönbrunn HG – W T 24  
 1130 Wien  
 Tel.: +43 676 33 85 672  
 E-Mail: foresee@aon.at

# Ziel: kalkulierbares Risiko

**ENTSCHEIDUNGSGRUNDLAGE.** Forschungsförderungsprogramme werden danach beurteilt, wie viel sie an Forschung und Entwicklung anregen und was an zusätzlicher indirekter Wertschöpfung und an Arbeitsplätzen oder Exporten entsteht. Bei der Förderung der Sicherheitsforschung kommt ein weiterer Aspekt hinzu, nämlich: Inwieweit können Maßnahmen der Sicherheitsforschung bzw. die Verbesserung von kritischen Infrastrukturen Schäden verringern oder verhindern? Ein Gespräch zur Risikofolgenabschätzung mit Professor Werner Clement. »



Foto: ÖBB

*Gefahrenpotenziale richtig einschätzen: Wird beispielsweise die Schieneninfrastruktur beschädigt, hat das massive Auswirkungen auf zahlreiche Bereiche des täglichen Lebens.*

*Herr Professor Clement, was ist unter der Risikofolgenabschätzung zu verstehen?*

Ich glaube, Risikofolgenabschätzung ist die eigentliche Aufgabe von Sicherheitsforschung. Natürlich ist es auch wichtig zu ermitteln, wie viel an zusätzlicher Forschung durch Programme wie KIRAS ausgelöst wird, und in weiterer Folge, was dies für Effekte auf Umsätze und Arbeitsplätze hat. Naheliegender ist aber wohl die Frage: Um wie viel können Sachschäden reduziert werden, wie viele Menschenleben werden vor Bedrohungen geschützt? Bedrohungen und deren mögliche Folgen sind Gegenstand der Risikoanalyse und Risikofolgenabschätzung. Dabei gilt es eine Reihe von Untersuchungsschritten zu durchlaufen und Entscheidungen zu fällen: Zunächst ist die Art der Bedrohung zu identifizieren – zum Beispiel Bedrohung durch Naturgewalten, durch terroristische Angriffe, durch organisierte Kriminalität, durch chemische oder atomare Gefahren, durch Pandemien usw.

Sodann ist die Eintrittswahrscheinlichkeit abzuschätzen. Dies ist kein leichtes und auch nicht gänzlich objektivierbares Verfahren.

Ausgangspunkt sind häufig in der Vergangenheit beobachtete Ereignisse und deren Häufigkeit. So werden beispielsweise bei Naturgefahren historische Daten herangezogen – wie oft ist etwa ein Hochwasser in den letzten zehn, 20 Jahren bei bestimmten Konstellationen aufgetreten? Hat man diese Beobachtungen nicht, muss man sich mit Szenarioanalysen behelfen. Dazu werden Modelle entwickelt und damit rechnerisch abgeschätzt, wo Schwachstellen im System zu welchen Konsequenzen führen können. Gefahren verbunden mit Schwachstellen ergeben das Bedrohungspotenzial. Der nächste Punkt ist die Risikobewertung: Bei Ereigniseintritt ist das Toleranzausmaß zu gewichten. Gewisse Risiken werden in einem bestimmten Umfang toleriert, zum Beispiel wenn eine geringe Eintrittswahrscheinlichkeit mit einem geringen Schadensausmaß verbunden ist, aber hohe Kosten der Prävention des Schadens gegeben sind. In diesem Fall wird gefragt: Was kostet die Schadensvermeidung? Daraus soll dann ein Entscheidungsprozess in Gang gesetzt werden, welche Maßnahmen mit welcher Intensität getroffen werden sollen, um Bedrohungen auszuschalten oder zu verringern sowie deren Folgen zu mildern.

*Wie berechnet man ein Risiko, und wie bewertet man es hinsichtlich einer möglichen Gefährdung?*

Grundsätzlich gilt: „Risiko = Eintrittswahrscheinlichkeit x Schadensausmaß“. Allgemein lässt sich Risiko als die Möglichkeit eines Schadens oder Verlustes als Konsequenz eines bestimmten Verhaltens oder Geschehens definieren. Als Risiko gilt die Summe der möglichen Schäden, die durch eine Aktivität oder durch ein Ereignis ausgelöst werden könnten. Rein formal betrachtet ist die Summe der denkbaren Schäden immer erheblich, vor allem wenn es sich um Personenschäden handelt. Die Ermittlung der Schadenshöhe erfolgt in den meisten Fällen bei materiellen Dingen durch Versicherungssummen, bei Personenschäden

durch die Anzahl der Toten und Verletzten. Je größer das Bedrohungspotenzial (Eintrittswahrscheinlichkeit), desto größer das Schadensausmaß.

#### *Wie ermittelt man Gefahren und Schwachstellen?*

Zunächst sind Typen von Schäden zu klassifizieren: Direkte Schäden durch ein Ereignis, das sind Personenschäden, Schäden an Gebäuden, beweglichen Sachen, an Infrastruktur, Kosten der Aufräumung, Aufwendungen zur Schadensminderung. Indirekte Schäden sind zum Beispiel Betriebsunterbrechungen, Versorgungsunterbrechungen, Kosten für Hilfeleistungen, Unterkunft und Verpflegung der Schadensopfer. Solche allgemeinen Bedrohungen/mögliche Schäden sind jeweils an konkreten Fällen fest zu machen.

Ein Beispiel für Österreich sind die Gefahrenzonenpläne für Lawinen und Wildbäche. Gefahrenzone rot: Besiedlung ist wegen Wildbächen oder Lawinen nicht möglich. Gefahrenzone gelb: Besiedlung oder Verkehr sind stark beeinträchtigt usw. Dann folgen Gefahrenzonen mit geringerer möglicher Schadensintensität. Die Einstufungen in die jeweiligen Intensitäten erfolgen aufgrund von historischen Ereignissen und Wetterbeobachtungen sowie einem gewissen subjektiv angenommenen gesellschaftlichen Empfinden.

#### *Der Ausfall bzw. die Beeinträchtigung eines Teiles der kritischen Infrastruktur ist nicht nur isoliert zu betrachten, die Folgen sind auch in vielen anderen Teilen des täglichen Lebens zu spüren. Wie werden diese Auswirkungen berücksichtigt?*

Wird beispielsweise eine Eisenbahnstrecke durch eine Mure oder einen terroristischen Angriff zerstört, hat das Folgewirkungen auf andere Bereiche der Volkswirtschaft. Personen können nicht befördert werden, es entstehen zusätzliche Transportkosten; Kohle kann nicht transportiert werden, weniger Strom wird produziert, und es muss zusätzlich eingespeist werden; Produktionen stehen still etc. Die Zusammenhänge kann man mit Modellen, in denen die wirtschaftlichen Verflechtungen abgebildet werden, nachstellen. An einem in den USA durchgerechneten Beispiel kann dies illustriert werden: Ein Ausfall bei der Eisenbahn als kritische Infrastruktur betrifft

- 42 Prozent aller Intercity Tonnen-Meilen
- 64 Prozent allen Kohlentransports zur Stromerzeugung
- 40 Prozent des Getreideerntentransports
- 70 Prozent der Autoproduktion in den USA
- 20 Prozent aller Chemieprodukte usw.

Solche indirekten Schadensintensitäten sind auch noch im Zeitablauf darzustellen. Analoge Berechnungen für Österreich gibt es leider (noch) nicht. Dies wäre auch Gegenstand des notwendigen Aufbaues von „kritischen Infrastrukturen“.

#### *Wie ermittelt man verhinderten bzw. verringerten Schaden?*

Als Ergebnis der Risikofolgenabschätzung gelangt man zu einem erwarteten Schaden vor und nach der Umsetzung der schadensreduzierenden Maßnahmen. Hierbei ergibt sich das erwartete Schadensausmaß in Abhängigkeit von der Eintrittswahrscheinlichkeit und den getroffenen Maßnahmen. Wieder am Beispiel illustriert: Man ermittelt die Größe eines eintretenden Schadens für den Fall, wenn keine sichernden Maßnahmen getroffen werden. Zum Beispiel Personen- und materieller Schaden eines Lawinenabgangs ohne Schutzbauten. Gibt es aber Schutzbauten, liegen zum Beispiel weniger Häuser im gefährdeten Gebiet. Geht eine Lawine ab, ist der Schaden reduziert. Übersteigt der verringerte Schaden die Präventions- bzw. Vermeidungskosten, spricht man von einem positiven Kosten-Nutzenverhältnis. Nicht alle Maßnahmen können allerdings ein positives Kosten-Nutzenverhältnis aufweisen. Daher muss nach dem Grad dessen gefragt werden, was gesellschaftlich erwünscht ist.



Foto: be gestellt

## „Der richtige Einsatz von Risikofolgenabschätzung kann Menschenleben retten und materielle Schäden verhindern.“

PROFESSOR WERNER CLEMENT

#### *Was bedeutet das alles für KIRAS und die Sicherheitsforschung?*

Die Risikofolgenabschätzung steht in Einklang mit dem strategischen Ziel von KIRAS: Wie viele Menschenleben können vor Bedrohung geschützt und wie viel an humanitären und sachlichen Schäden verhindert oder verringert werden? Dieses Ziel ist auf die im Programm KIRAS definierten kritischen Infrastrukturen anzuwenden, wie Energie, Wasser, Lebensmittel, Gesundheitswesen, öffentliche Sicherheit, Verkehr usw. KIRAS-Projekte beziehen sich auf Sicherheitsforschung mit der Aufgabe der Erreichung eines höheren Sicherheitsniveaus. Sicherheitsforschung ist somit auch eine Maßnahme, die mit sicherheitspolitischen Strategien synchron läuft. Hierin sind Risikofolgenabschätzung und Risikomanagement integrale Bestandteile. ⌂

# Europas Weg zu noch mehr Sicherheit

**FAHRPLAN.** Die europäische Sicherheitsforschung hat ihre primären Hausaufgaben erledigt und widmet sich nun dem nächsten Level. Lag der Schwerpunkt der ersten Jahre in der grundsätzlichen Orientierung und Etablierung geeigneter Arbeitsmechanismen, so konzentriert man sich nunmehr auf die strategische Ausrichtung der relevanten Forschungsagenden auf inhaltlicher und institutioneller Ebene. »»



Foto: iPhotobisc

Es liegt erst fünf Jahre zurück, dass die Europäische Kommission im Rahmen mehrerer Mitteilungen, einer „Group of Personalities“ und einer dreijährigen „Vorbereitenden Maßnahme“ („Preparatory Action for Security Research“ – PASR, 2004-2006) auszuloten begann, wie ein umfassendes europäisches Sicherheitsforschungsprogramm eingerichtet, finanziert und durchgeführt werden könnte. Insgesamt 45 Millionen Euro wurden in dieser Vorbereitungszeit in drei im europäischen Vergleich eher kleinere Ausschreibungen investiert, mit denen 39 erfolgreiche Projekte auf den Weg gebracht werden konnten. Einige davon sind inzwischen abgeschlossen und lieferten der Kommission einen guten Überblick über die einschlägigen Akteure, ihre Tätigkeitsgebiete, Interessenslagen und Fähigkeiten.

**DARAUF WIRD NUN AUFGEBAUT.** „Mit dem, was wir bisher umsetzen konnten, bin ich wirklich zufrieden“, fasst Paul Weissenberg, Direktor für Aerospace, GMES, Sicherheit und Verteidigung in der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission zusammen. Er ist zuständig für das Sicherheitsforschungsthema im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm, hat dieses mit seinem Team aufgebaut und führt es nun in eine neue, erwachsene Phase, in der das Programm als bekannter und etablierter Partner agieren kann. „Besonders freut mich, dass wir es in so konstruktiver Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten erreichen konnten. Aber wir wissen auch, dass wir gemeinsam noch einige schwierige Aufgaben vor uns haben. In vielen Dingen konnten wir auf Methoden der Rahmenprogrammforschung aufbauen; die Sicherheitsforschung ist jedoch ein besonderer Bereich, sie ist politisch und sensibel. In manchen Bereichen der Zusammenarbeit betreten wir daher gemeinsam Neuland.“

Mit dem Beginn des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms, in das die europäische Sicherheitsforschung eingegliedert ist, wurde die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten und den inzwischen zehn zum Rahmenprogramm assoziierten Ländern nach den üblichen Komitologie-Regeln formalisiert. Dies betrifft insbesondere die gemeinsame inhaltliche Schwerpunktsetzung für Ausschreibungen und die Finalisierung von Förderverträgen für erfolgreiche Antragsteller.

**DIE ROLLENVERTEILUNG IST ETABLIERT UND FUNKTIONIERT:** Über 150 Millionen Euro wurden im Wege der ersten großen Ausschreibung 2007 für 44 ausgewählte Forschungsvorhaben ausgeschüttet, die zugehörigen Verträge sind in Verhandlung bzw. teilweise gestartet. In einer gemeinsamen Ausschreibung mit dem Thema „Informations- und Kommunikationstechnolo-

gien“ des 7. Rahmenprogrammes wurden Ende 2007 weitere 40 Millionen für sicherheitsrelevante Fragestellungen vergeben. Eine neue große Ausschreibung mit einem Budget von rund 115 Millionen Euro wird im Sommer 2008 gestartet, am zugehörigen Arbeitsprogramm wird auf Hochtouren gearbeitet. Insgesamt stehen für die Sicherheitsforschung im 7. Rahmenprogramm 1,4 Milliarden zur Verfügung, was einen bemerkenswerten Sprung seit PASR bedeutet. Die inhaltliche Basis für diese Ausschreibungen lieferte im Wesentlichen der Bericht von ESRAB („European Security Research Advisory Board“), einer hochrangigen Expertengruppe, die die Kommission im Vorfeld des 7. Rahmenprogramms eingesetzt hatte.

Ab 2009 wird die Kommission nach und nach einige, inzwischen zur Routine gewordenen Aufgaben bei der Evaluierung der Projektanträge und dem Management der Verträge, an eine eigene Agentur zur Abwicklung übertragen, um sich in der eigenen Arbeit wieder mehr auf die strategisch-politischen Aspekte und besonderen Herausforderungen konzentrieren zu können, die ein Sicherheitsforschungsprogramm mit sich bringt. „Womit wir uns seit einiger Zeit intensiv auseinandersetzen, ist der richtige Umgang mit Forschungsfragen, die so sensibel sind, dass sie keinesfalls in die Hände von Kriminellen oder Terroristen gelangen dürfen. Projekte mit solchen Inhalten können im Auftrag der zuständigen nationalen Sicherheitsbehörden klassifiziert werden und dürfen dann nur unter Einhaltung besonderer Vorsichtsmaßnahmen durchgeführt werden.“

Kommission und Mitgliedsstaaten kooperieren zur Formulierung geeigneter Prozeduren und Aufgabenverteilungen, die sowohl die effektive und effiziente Forschungsarbeit an sensiblen Themen ermöglichen, aber auch den damit verbundenen potenziellen Risiken Rechnung tragen. „Erst wenn wir hier auf allen Seiten wirklich routiniert und uns der Verantwortung voll bewusst sind, können wir uns auch gemeinsam an wirklich schwierige Fragen heranwagen und beispielsweise klassifizierte Ausschreibungen durchführen, was letztendlich für die Schlagkraft und Glaubwürdigkeit eines umfassenden Sicherheitsforschungsprogramms sehr wichtig ist.“

**DAVOR STEHT FÜR WEISSENBERG ABER DIE FRAGE** nach den Themen, die solche aufwendigen Verfahren rechtfertigen: „Im Allgemeinen bemühen wir uns in der Sicherheits-

forschung um größtmögliche Transparenz. Wenn jedoch klar ist, dass einige oder alle Mitgliedsstaaten konkreten Bedarf haben, sollten wir auch bereit sein, klassifizierte Ausschreibungen durchzuführen. Es werden genau spezifizierte Aufgaben auszuschreiben sein, und die Rechte an den Ergebnissen werden bei der Kommission bzw. den Mitgliedsstaaten liegen, die sowohl für deren Sicherheit als auch Umsetzung sorgen müssen.“

## „Insgesamt stehen für die Sicherheitsforschung im 7. Rahmenprogramm 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung.“

PAUL WEISSENBERG, EU-KOMMISSION

Spätestens wenn 2009 ein Teil der Programmimplementierungsarbeit an die neue Agentur geht, wird für die Kommission die Strategiearbeit zur zentralen Aufgabe. „Sicherheitsforschung macht nur dann wirklich Sinn, wenn sie die Sicherheitspolitik unterstützt und ihre Umsetzung ermöglicht und verbessert. Wir arbeiten daher intensiv mit all jenen Generaldirektionen der Kommission zusammen, die für die unterschiedlichen Bereiche der Sicherheitspolitik verantwortlich sind, und auch die Abstimmung mit der nationalen Ebene ist notwendig. Uns ist wichtig, dabei keinesfalls blind zu sein und zu sagen: Wir machen ja nur das Werkzeug, ob andere es vielleicht missbrauchen, geht uns nichts an. Wir legen größten Wert darauf, dass verantwortungsvolle Sicherheitsforschung im Interesse der Freiheit der europäischen Bürger und ihrer Rechte betrieben wird, mit dem Ziel, diese zu sichern und nicht etwa ungerechtfertigt zu beeinträchtigen.“

### DAS IST AUCH DER AUSGANGSGEDANKE

für das „Europäische Forum für Sicherheitsforschung und Innovation“ ESRIF („European Security Research and Innovation Forum“), an dem sich die Kommission seit September 2007 aktiv beteiligt. ESRIF wurde in gemeinsamer Initiative mit den EU-Mitgliedsstaaten und FP7-assoziierten Ländern eingerichtet – unter Einbeziehung dreier relevanter europäischer Agenturen (Europol, Frontex, EDA) und unter ausdrücklicher Befürwortung des Europäischen Parlaments. Die Hauptaufgabe von ESRIF ist die Formulierung einer mittel- bis langfristigen Strategie für Sicherheitsforschung und –innovation, die sowohl für die europäische als auch nationale Ebene als Leitfaden für zukünftige Programmstrategien dienen soll. Neben dem

europäischen Sicherheitsforschungsprogrammen bestehen seit den Tagen von PASR auch eine ganze Reihe nationaler Sicherheitsforschungsprogramme; diese richten sich manchmal im Grenzbereich Safety-Security aus, manchmal an der Grenzlinie zwischen einem zivilen und einem militärischen Sicherheitsbegriff. ESRIF zählt 63 offizielle Mitglieder aus den drei großen „Stakeholder“-Gruppen Nachfrage- und Anbieterseite von Sicherheitsforschung, sowie der europäischen Zivilgesellschaft. Sie alle arbeiten auf freiwilliger Basis – und ebenso über 500 weitere Personen, die sich für die elf Arbeitsgruppen von ESRIF registriert haben und der gemeinsamen Strategiewerkstatt so eine breite Basis geben.

**ESRIF ORIENTIERT SICH** in seiner Arbeit zum einen an der konkreten Zukunftsplanung der Sicherheitspolitik, den dort formulierten Bedrohungslagen und Herausforderungen, die den Forschungsbedarf zur Erlangung der erforderlichen Fähigkeiten bestimmen. Dies geht aber nur wenige Jahre in die Zukunft. Da Forschung naturgemäß längerfristig orientiert ist, arbeitet ESRIF zum anderen mittels Foresight- und Scenariotechniken unter Einbeziehung bekannter Zukunftstrends an der Vorbereitung für eine Zukunft, die bis zu 20 Jahre vor uns liegt, und für die man keine verbindlichen Voraussagen machen kann. „Wir versuchen, uns bestmöglich auf Sicherheitsprobleme vorzubereiten, die mit hoher Wahrscheinlichkeit in einigen Jahren und Jahrzehnten auf Europa zukommen werden, wir müssen aber ebenso auf schlimme Überraschungen gefasst sein, von denen wir heute noch nichts ahnen und die wir lieber niemals Realität werden lassen wollen.“

## „Österreich zeigt großes Interesse an der zivilen Sicherheitsforschung und hat als erster der EU-Mitgliedsstaaten ein komplementäres nationales Sicherheitsforschungsprogramm eingerichtet.“

PAUL WEISSENBERG, EU-KOMMISSION

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten in einem solchen Falle wohl zu Recht, dass ihre Regierungen vorgesorgt haben, dass sie Instrumente zur Hand haben, auf die sie zurückgreifen können, um das Schlimmste zu verhindern und Katastrophensituationen rasch wieder in den Griff zu bekommen“, erläutert Weissenberg den Arbeitsansatz von ESRIF. Ergebnisse werden im Herbst 2009 vorliegen, ein Zwischenbericht kann im September 2008 im Rahmen der dritten europäischen Konferenz für Sicherheitsforschung am 29. und 30. Sep-

tember in Paris erwartet werden. Gastgeber dieser Konferenz wird die französische EU-Präsidentschaft des zweiten Halbjahres 2008 sein.

Die Tradition der jährlichen europäischen Sicherheitsforschungskongresse wurde 2006 von der österreichischen EU-Präsidentschaft begründet. Mehr als 1.000 Teilnehmer fanden sich jeweils im Februar 2006 in der Wiener Hofburg bzw. im März 2007 im Berliner Maritim Hotel als Gast der deutschen EU-Präsidentschaft ein, um sich über die rasanten Entwicklungen in diesem neuen Forschungsbereich und seiner Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolitik auszutauschen. „Österreich hat den allgemeinen Bedarf an einer derartigen öffentlichen Veranstaltung damals völlig richtig erkannt und zeigte von Anfang an großes Interesse an der zivilen Sicherheitsforschung: Es hat als erster der EU-Mitgliedsstaaten ein komplementäres nationales Sicherheitsforschungsprogramm eingerichtet, stellte einen der beiden Vorsitzenden von ESRAB, zeigt im Programmausschuss Präsenz und beteiligt sich aktiv an den Ausschreibungen.“

Deutliches Interesse an der zivilen Sicherheitsforschung zeigt auch die militärische Forschung – für Weissenberg wenig überraschend: „Nicht nur sind die Verteidigungsbudgets in Europa seit dem Ende des kalten Krieges geschrumpft, auch die Aufgabenstellungen an das Heer haben sich geändert. Klassische Kriege spielen heute eine wesentlich kleinere Rolle. Friedenserhaltende und friedensstiftende Einsätze im Ausland sind heute typischere Einsatzgebiete im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit, und sie ähneln oft eher Polizeieinsätzen. Auch bei Naturkatastrophen oder Industrieunfällen kommt das Heer zum Einsatz.“

**DIE VON ZIVILEN UND MILITÄRISCHEN EINSATZKRÄFTEN** benötigten Ausrüstungen sind oft sehr ähnlich, daher erlaubt die EU-Sicherheitsforschung auch die Erforschung von Dual-Use-Technologien in zivilen Anwendungsgebieten. Beide Seiten können von der Forschungszusammenarbeit profitieren. Die Europäische Kommission koordiniert daher die Schwerpunktsetzung für die Sicherheitsforschung im 7. Rahmenprogramm regelmäßig mit der Europäischen Verteidigungsagentur EDA. Weissenberg rechnet damit, dass sich die zivil-militärische Forschungskoordination in Zukunft noch verstärken wird: „Die Notwendigkeit der immer intensiveren Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Politikgebieten steht außer Frage. Die Sicherheitsforschung wird hierzu ihren Beitrag leisten.“ ☞

# Heimische Impulse für Europas Sicherheitsforschung

**VORREITERROLLE.** Die Europäische Union hat die Sicherheitsforschung zur „Chefsache“ ernannt und ihr im 7. Forschungsrahmenprogramm einen eigenen Schwerpunkt gewidmet. Erfreulich: Österreich war von Anfang an federführend dabei, als es darum ging, die europäische Sicherheitsforschung umzusetzen. »

Nach den Terroranschlägen von New York, Madrid und London hat die EU beschlossen, mit einem europaweiten Forschungsprogramm die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Die Vorarbeiten dazu sind auf zwei Ebenen gelaufen: Für das von 2004 bis 2006 dauernde Vorbereitungsprogramm PASR (Preparatory Action for Security Research) standen insgesamt 45 Millionen Euro an Fördergeldern zur Verfügung. Parallel dazu hat der offizielle Beirat ESAB (European Security Research Advisory Board) auf breiter Basis die verschiedensten Themen diskutiert und damit die Grundlagen für die europäische Sicherheitsforschung geschaffen. Mit Helmut Krünes als Co-Vorsitzendem, war Österreich von Anfang an federführend mit dabei und konnte so wertvollen Input liefern. Mehr dazu in „Sicherheitsforschung“, Heft 1; den Link für den Download der PDF-Ausgabe finden Sie in der Rubrik Service auf Seite 47.

Die Ergebnisse sind in das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU eingeflossen, wo der Sicherheit als Punkt zehn im Kapitel Zusammenarbeit ein eigener Schwerpunkt gewidmet ist. Von 2007 bis 2013 stehen dafür insgesamt 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Auf die Entwicklung der Sicherheitsforschungspolitik auf EU-Ebene haben drei Gremien entscheidenden Einfluss: der Programmausschuss, die Advisory Group und das European Research and Innovation Forum (ESRIF).

**IM PROGRAMMAUSSCHUSS** sind alle 27 EU-Staaten plus zehn zum 7. Rahmenprogramm voll assoziierte Länder, die Beiträge einzahlen und daher Teilnahme- und Mitspracherecht haben, durch Delegationen vertreten. Die Größe dieser Delegationen liegt zwischen zwei und zehn Mitgliedern, pro Land zählt aber nur eine Stimme. Abstimmungen, oder gar KampfAbstimmungen, gibt es aber praktisch nie. Denn



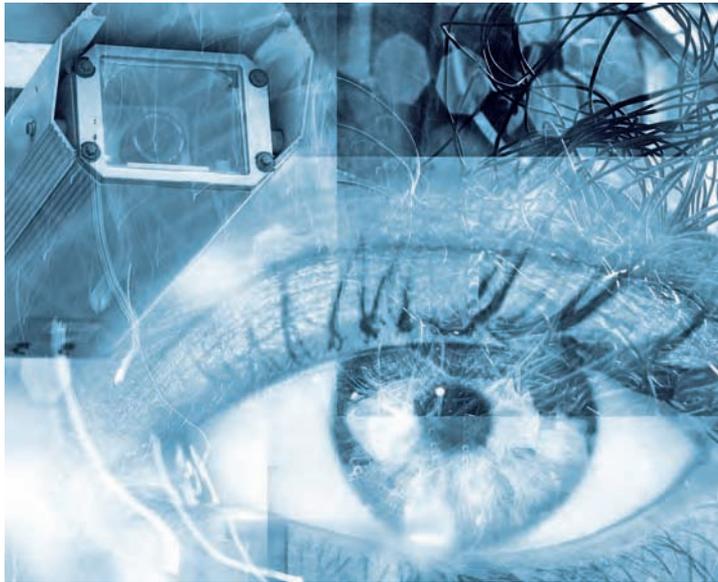


Foto: Photos.com

schließlich geht es in diesem Gremium nicht darum, für oder gegen eine Bestimmung oder ein Gesetz zu sein, sondern vielmehr darum, gemeinsam ein gutes Forschungsprogramm zu schaffen. In der Praxis werden Vorschläge daher so lange diskutiert, bis man sich einig ist. Zusätzlich dürfen sich an der EU-weiten Forschung auch Drittländer beteiligen, die allerdings nicht im Programmausschuss vertreten sind. Dessen wichtigste Aufgabe ist es, das jährlich neu erstellte Arbeitsprogramm mitzugestalten und zu beschließen, das die Grundlage für die weiteren Ausschreibungen ist. Wenn die Anträge evaluiert sind, die Reihung der zu finanzierenden Projekte sowie die Reserveliste feststehen, gibt der Ausschuss noch seine Stellungnahme dazu ab, bevor die Europäische Kommission die Verträge endgültig unterzeichnet. Der Programmausschuss tagt mehrmals pro Jahr in Abständen von mehreren Monaten, abhängig davon, welche Entscheidungen gerade anstehen. Zusätzlich gibt es regelmäßig Berichte der Kommission an den Programmausschuss über den Fortschritt bei den jeweils abzuarbeitenden Themen. Österreichs Delegation wird von Gernot Grimm vom BMVIT geleitet, umfasst aber auch Mitglieder aus der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft FFG.

**DIE SECURITY RESEARCH ADVISORY GROUP** ist die zweite wichtige Gruppe, um das Sicherheitsforschungsprogramm umzusetzen. Diese war, wie in allen Unterbereichen des Rahmenprogramms, auch in diesem Bereich verpflichtend einzurichten. Aufgabe dieser Advisory Group ist es, die Europäische Kommission bei der Gestaltung des

Sicherheitsforschungsthemas im Rahmenprogramm zu beraten, die ihrerseits der Advisory Group Themenlisten oder Entwürfe für die Arbeitsprogramme und ähnliches zur Diskussion vorlegt. Der kommentierte bzw. überarbeitete Entwurf geht dann zurück an die Kommission bzw. weiter an den Programmausschuss.

Im Gegensatz zum Programmausschuss, der die Interessen der Mitglieds- bzw. assoziierten Staaten vertritt, kümmert sich die Advisory Group rein um die Interessen der Antragstellerinnen und Antragsteller und darum, dass eine möglichst gute gesamt-europäische Sicherheitsforschung entsteht. Dieser Beirat besteht aus 20 Personen, die von Universitäten, aus der Industrie, aber auch von der Anwenderseite kommen. Österreich ist durch Gabriele Sprengseis (Österreichisches Rotes Kreuz) vertreten. Es wird versucht, in der Zusammensetzung wichtige Stakeholder der Sicherheitsforschung zu repräsentieren. Bei 20 Personen kann das zwar nicht umfassend, wohl aber durchaus repräsentativ sein. So bekommt man eine Idee, was die Sicherheitsforschung zu leisten vermag.

Für das jährlich zu erstellende Arbeitsprogramm gilt der Gesamtplan des 7. Forschungsrahmenprogramms, der in groben Zügen die Struktur, Kapitel etc. für die gesamte Laufzeit festlegt. Welche Einzelthemen tatsächlich ausgeschrieben werden, ist nicht von Anfang an fixiert, sondern wird jedes Jahr im Detail erstellt. Dabei können auch Themen aus dem Vorjahr wieder auftauchen, beispielsweise dann, wenn ein bestimmter Punkt aus Sicht der Kommission nicht zufriedenstellend erledigt worden ist, keine guten Vorschläge eingelangt sind oder aus irgendwelchen Gründen keine Verträge unterschrieben werden konnten. Basis für die Auswahl der Themen ist derzeit der Bericht der Experten-Strategiegruppe ESRAB.

Die Arbeiten der Advisory Group können über das Internet abgerufen werden (den Link finden Sie in der Rubrik Service auf Seite 47). Hier gibt es einen eigenen Bereich, wo man die Arbeitsgruppe beobachten kann, wo sie Berichte und Empfehlungen veröffentlicht – was für potenzielle Antragstellerinnen und Antragsteller sehr interessant sein kann. Im Gegensatz dazu ist die Arbeit des Programmausschusses nicht öffentlich, wobei es nicht nur um vertretene Positionen, sondern beispielsweise auch um Datenschutz oder die Wahrung bestimmter Unternehmensinteressen gehen kann, die durch die Beteiligung an Projektanträgen sichtbar werden.

## Kontakt:

Europäische Kommission  
Generaldirektion Unternehmen  
und Industrie  
Communication and  
Information Unit/R4  
Brey 13/092  
1049 Brüssel  
Tel.: 00 800 6789 1011  
<http://ec.europa.eu/enterprise/>

**DAS EUROPÄISCHE FORUM FÜR SICHERHEITSFORSCHUNG UND INNOVATION (ESRIF)** wurde im Herbst 2007 für die Dauer von zwei Jahren eingerichtet. Die insgesamt 63 Mitglieder wurden gemeinsam von der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten eingesetzt, vertreten aber ebenso wie die Mitglieder der Advisory Group nicht deren Interessen, sondern agieren als selbständige Expertinnen und Experten. Weitere Vertreterinnen und Vertreter kommen von europäischen Agenturen, die für die Sicherheitsforschung wichtig sind, sowie vom Europäischen Parlament. Österreich hat Brigadier Gustav Gustenau (Verteidigungsministerium) und Johannes Prinz (Frequentis) entsandt.

Wesentliche Aufgabe von ESRIF ist die Formulierung einer mittel- bis langfristigen Strategie für Sicherheitsforschung und Innovation. Dafür bringt ESRIF Vertreterinnen und Vertreter der Sicherheitspolitik mit anderen an der Sicherheitsforschung Beteiligten an einen Tisch. Das Forum soll helfen, die Anforderungen der Politik genau zu definieren und Empfehlungen zur inhaltlichen Ausrichtung zukünftiger Sicherheitsforschungsprogramme liefern, damit sich Forschung, Industrie und Anwender auf einen längerfristigen Plan einstellen und ihre Mittel entsprechend planen können.

Eine Forschungs-Roadmap zu erarbeiten, die bis zu 20 Jahre in die Zukunft reicht, ist aber leichter gesagt als getan. Auf bestimmte Entwicklungen in der Zukunft kann man sich wohl vorbereiten, zum Beispiel auf den Klimawandel, die zunehmende Überalterung der Gesellschaft oder ein Verschieben der Wirtschaftsmacht zu Gunsten Chinas. Es kann aber auch jede Menge unerwarteter Ereignisse geben – wie eben 9/11 –, die unmöglich vorherzusehen sind, für die man sich aber trotzdem wappnen muss.

Deshalb wird bei ESRIF mit zwei Zeithorizonten gearbeitet. Mittelfristig geht es um die aktuellen Tendenzen und Strömungen in der Sicherheitspolitik. Beschlüsse, die in einem Jahr gefasst werden, sind jetzt in der Pipeline. Man weiß schon jetzt, welche Ziele damit in vier Jahren erreicht werden sollen. Damit kann sich das Forum schon jetzt mit den jeweiligen Entscheidungsträgern beraten und deren Input in eine mittelfristige Strategie einbeziehen.

**ALLES, WAS ÜBER DIESEN ZEITRAUM VON FÜNF, SECHS JAHREN HINAUSGEHT**, ist ungewiss. Hier bedient man sich anderer Instrumente wie Foresight, Szenariotechnik, Trendforschung und ähnlichen Methoden, die die Zukunftsforscherinnen und -forscher in ihren „Zauberkästen“ haben. Diese Vorhersagen treffen in den wenigsten Fällen wirklich so wie prognostiziert ein, allerdings liefern sie als tendenzielle Aussagen trotzdem wertvolle Informationen.

**Wesentliche Aufgabe von „ESRIF“ ist die mittel- bis langfristige Formulierung einer Strategie für Sicherheitsforschung und Innovation.**

Gleichzeitig geht es auch darum, stets die Bürgerrechte vor Augen zu haben und die persönliche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Deshalb gibt es innerhalb von ESRIF eine eigene Arbeitsgruppe, die sich mit diesem Thema beschäftigt. ESRIF existiert seit September 2007 und soll bis Ende 2009 arbeiten. Zwischenberichte werden für die Sicherheitskonferenzen in Paris im September 2008 erwartet, der Endbericht folgt im Herbst 2009. ☞



# Top-Performance am internationalen Förderparkett

**GUTE QUOTE.** 2007 hat im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU die erste Ausschreibung zum Thema Sicherheit stattgefunden. Österreichische Einreichungen waren dabei überdurchschnittlich erfolgreich – das lässt für die weiteren Ausschreibungen (Calls) Erfreuliches erwarten. »



*Österreichische Einreicherinnen und Einreicher haben allen Grund zur Freude: Ihre Security-Projekte wurden im internationalen Vergleich überdurchschnittlich oft gefördert.*

Foto: Photos.com

Bis zum Einreichschluss am 31. Mai 2007 sind bei der ersten Ausschreibung zum Thema Sicherheit (FP7-SEC-2007-1) Projekte in einem Umfang von etwas mehr als einer Milliarde Euro eingereicht worden. Projekte, die als förderungswürdig eingestuft wurden, betragen immer noch 477 Millionen Euro. Nachdem für diese Ausschreibung ein Förderbudget von 156,5 Millionen Euro zur Verfügung gestanden ist, bedeutet das eine dreifache Überzeichnung. Derzeit verhandeln die auf der Förderliste stehenden österreichischen Organisationen um ein Fördervolumen von rund vier Millionen Euro. Wie Grafik 1 zeigt, war der Anteil der bewilligten Projekte mit österreichischer Beteiligung verglichen mit dem Anteil an den Gesamteinreichungen überproportional groß.

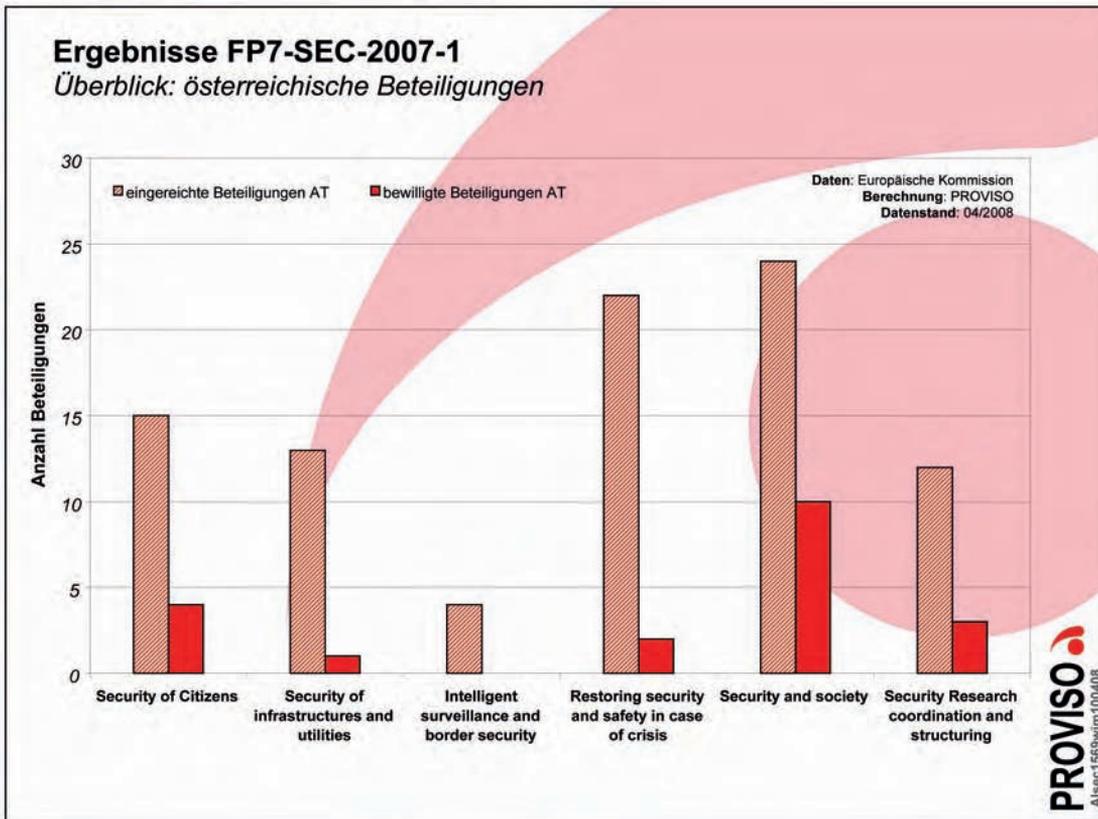
**BEI DEN EINGEREICHTEN PROJEKTEN** (Grafik 2, Seite 42) sind in den 59 evaluierten Projektvorschlägen 90-mal Organisationen aus Österreich beteiligt. 20 Beteiligungen

aus Österreich sind in 13 bewilligten Projekten vertreten. Laut PROVISIO-Auswertungen stellen somit österreichische Institutionen 3,8 Prozent der insgesamt bewilligten Beteiligungen. „Das ist ein sehr gutes Ergebnis für die erste Ausschreibung“, freut sich Andrea Hoffmann, Nationale Kontaktstelle für Sicherheit im FP7 in der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG).

Eine aus österreichischer Sicht sehr wichtige Aktivität ist „Security and society“. Hier geht es weniger um Entwicklung von neuen Technologien sondern vielmehr um gesellschaftsrelevante Forschung: Welche Faktoren beeinflussen das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung eines Landes? Wie wird die Sicherheit von der Gesellschaft wahrgenommen? Wie ist Sicherheit in den verschiedenen Ländern organisiert etc.? Erfreulich ist, dass das Abschneiden der Österreicher hier besonders gut war und immerhin zehn heimische Partnerorganisationen an erfolgreichen Projekten beteiligt sind.

Aus dem Bereich zählt mit CAST ein heimisches Vorzeigeprojekt zu den Gewinnern. CAST steht für „Comparative Assessment of Security-centered Training curricula for First Responders on Disaster Management in the EU“ und sorgt für den Schutz von Katastrophenhilfskräften vor den neuen Gefahren, die Optimierung des Krisenmanagements und dafür, dass künftig jeder mit jedem in Europa kooperieren kann. „Die Idee für dieses Projekt wurde geboren, als ich im Auftrag der NATO die Einsatzbereitschaft von Feuerwehr-, Rettungs- und Polizeikräften in deren Mitgliedsstaaten untersucht habe. Dabei hat sich gezeigt, dass unabhängig von Größe und Mittel des jeweiligen Landes das Ergebnis stark zu wünschen übrig lässt, sobald eine Katastrophe ein gewisses Ausmaß überschreitet. Aber wenn schon die NATO solche Probleme hat, wie sieht das dann bei der EU aus, die weniger Mittel hat?“, beschreibt Projektleiter Friedrich Steinhäusler vom International Security Competence Center (ISCC) die Ausgangslage. Bei der Untersuchung auf EU-Ebene habe sich gezeigt, dass es auch Schwierigkeiten bei der Interoperabilität gibt, wenn mehrere Länder bei grenzüberschreitenden Katastrophen zusammenarbeiten sollen.

„Wir haben dabei erkannt, dass die letzte Barriere für den Schutz der Bevölkerung zusammenbricht, wenn die Einsatzkräfte selbst gefährdet sind. Das ist ein äußerst kritischer Moment. Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, mit CAST ein EU-weit einheitliches Ausbildungs- und Trainingsprogramm für Feuerwehr, Rettung und Polizei zu schaffen, das sich vor allem auf die neuen Bedrohungsszenarien konzentriert.“ Laut Steinhäusler wird dabei eng mit der Industrie zusammengearbeitet, die neue Technologie zur Verfügung stellen soll. Eine weitere außergewöhnliche Komponente ist die Zusammenarbeit mit Spezialeinheiten in Russland, Israel und den USA, die mit Katastrophenschutz und Terrorbekämpfung bereits umfangreiche Erfahrungen ge-



sammelt haben. Insgesamt sind an CAST 14 internationale Gruppen mit einer sehr starken österreichischen Komponente beteiligt.

BEI „SECURITY OF CITIZENS“ wurden in Relation zu den eingereichten Projektanträgen ebenfalls sehr gute Ergebnisse erzielt: Rund 20 Prozent der bewilligten österreichischen Partnerorganisationen sind an Projekten zur Identifikation von explosiven Stoffen und Entwicklung von intelligenten Informationssystemen beteiligt, die zum Schutz der Bevölkerung vor organisierter Kriminalität und Terrorismus dienen.

Hier gibt es mit CREATIF ein weiteres erfolgreiches heimisches Projekt: Es soll ein Netzwerk von technischen Prüfzentren aufbauen, die sich auf die Zulassung und Zertifizierung von sicherheitsrelevanten Produkten und Dienstleistungen für das Aufspüren

von radioaktiven/nuklearen, biologischen und chemischen Substanzen sowie Explosivstoffen konzentriert. Dieses Netzwerk soll zur Kommunikationsplattform für Technologieanwender, Entscheidungsträger, Anbieter sowie Testexperten werden, um Testprozeduren und -systeme zu verbessern. Alle Interessensgruppen sind eingeladen, Mitglied zu werden, ihr Wissen einzubringen und Meinungen auszutauschen: Die Testzentren können ihre Expertise und technische Ausstattung für Gerätetests in einer Datenbank über Prüfzentren innerhalb der EU-27 veröffentlichen. Daneben können Benutzer und Technologieanbieter Mitglied eines Beirats werden, um ihre Sicht und ihre Bedürfnisse in Workshops und Projekte zu integrieren. CREATIF wird bestehende Testverfahren und relevante Standards überprüfen, damit für die Aufspürgeräte für die erwähnten Sub-

### Proviso – Die Fakten

Dieses Projekt wird im Auftrag aller mit Forschungsfragen befassten österreichischen Ministerien (BMWF, BMWA, BMLFUW, BMVIT) sowie der Österreichischen Computergesellschaft OCG als Projektträger durchgeführt. Ziel ist es, die österreichischen Ministerien und die mit Forschungsagenden betrauten EU-Delegierten bei der Wahrnehmung forschungspolitischer Agenden auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu

unterstützen. PROVISO hat folgende Aufgaben:

- Daten der Europäischen Kommission zu harmonisieren und standardisieren, um eine kompatible, benutzerfreundliche Datenbasis und Informationsinfrastruktur zu schaffen
- Daten und Informationen grafisch und inhaltlich aufzubereiten
- Eine kontinuierliche Bestandsaufnahme und ein umfassendes Monitoring der

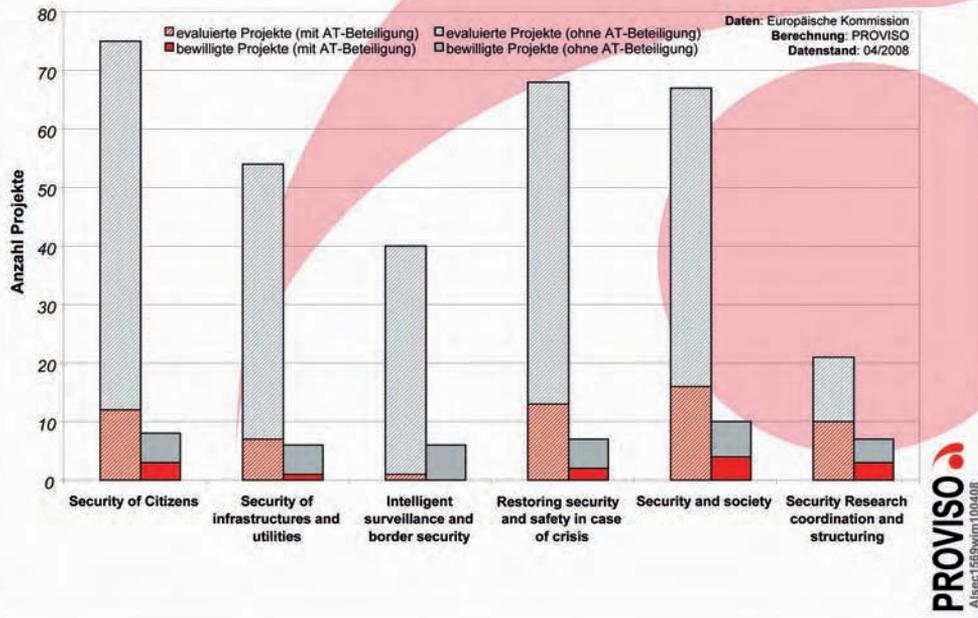
österreichischen Beteiligung in den EU-Rahmenprogrammen für Forschung und technologische Entwicklung durchzuführen

**Kontakt:**

Proviso c/o BMWF  
 DI Margit Ehardt-Schmiederer  
 Rosengasse 2-6, 1010 Wien  
 E-Mail: margit.ehardt-schmiederer@bmwf.gv.at  
 www.bmwf.gv.at/proviso

## Ergebnisse FP7-SEC-2007-1

### Überblick: Projekte



stanzen EU-weit einheitliche Vorschriften und Zulassungsverfahren geschaffen werden. Dabei sollen die bestehenden Testmethoden um wichtige Aspekte erweitert werden, wie Benutzerfreundlichkeit und Vermeiden von falscher Benutzung oder Prüfung neuer Technologien unter realistischen Einsatzbedingungen. Dieses Projekt wird vom ARC, Abteilung Radiation Safety and Applications, koordiniert.

Aufgrund der Ergebnisse der ersten Ausschreibung abzuleiten, wo Österreichs Stärken und Schwächen liegen, ist aus Hoffmanns Sicht allerdings nicht seriös. Dazu bedürfte es vielmehr einer detaillierten Analyse, die über die Beteiligung am EU-Forschungsrahmenprogramm hinausgehen müsse. „Gerade das Thema Sicherheit ist ein sehr sensibles“, betont Hoffmann. Es sei gut vorstellbar, dass einige Firmen bzw. Forscherinnen und Forscher durch den Administrationsaufwand abgeschreckt würden, der für den Umgang mit vertraulichen und geheimen Informationen notwendig ist. Auch sei zu beachten, dass manche Unternehmen bestehendes Know-how mitunter nicht in internationale Konsortien einbringen möchten.

**WAS MACHT DIE ÖSTERREICHISCHE EINREICHER SO ERFOLGREICH?** Die FFG-Mitarbeiterin führt das unter anderem darauf zurück, dass sich Österreich schon seit langem intensiv am EU-Forschungsrahmenprogramm beteiligt, und dass auch im Rahmen von der vorbereitenden Initiative PASR wertvolle Erfahrungen gesammelt werden konnten. „Bei

PASR war das Budget mit 45 Millionen Euro sehr klein, sodass Österreicher mitunter erst jetzt mit Wiedereinreichungen zum Zug gekommen sind. Außerdem haben Einreicher von dem Netzwerk profitiert, dass sie sich damals aufgebaut haben. Jede Einreichung, die den Schwellenwert überschritten hat, ist prinzipiell als ein positives Ergebnis zu werten und stellt eine Investition in die Zukunft dar, die bei einer Wiedereinreichung hoffentlich Früchte trägt.“

Ein weiteres Plus ist sicher auch die intensive nationale Betreuung und Unterstützung der Einreicher. So bietet der Bereich Europäische und Internationale Programme der FFG ein reichhaltiges Service an, im Zentrum stehen hier die persönlichen Detailberatungen, die von der Projektidee über Gestaltung des Konsortiums bis hin zum Proposal Check der Projektanträge reichen. „Einreicherinnen und Einreicher, die bei der FFG eine Detailberatung und/oder einen Proposal Check in Anspruch genommen haben, haben eine Erfolgsrate von rund 35 Prozent erzielt. Dem gegenüber steht eine europaweite Erfolgsrate von bewilligten Projekten von rund 14 Prozent“, zeigt sich Hoffmann stolz.

Eine zusätzliche Unterstützungsmaßnahme der FFG ist die attraktive Anbahnungsfinanzierung von bis zu 15.000 Euro für Koordinator und bis zu 7.000 Euro für Partner. Die FFG klärt dabei schon vor der Einreichung ab, ob die Projektidee in die Ausschreibung hineinpasst bzw. wie die Chancen auf eine Förderung erhöht werden können. Ein neuer Service des Bereichs Europäische und Internationale Programme ist die 2007 gestartete FFG Akademie mit einer praxisnahen Trainingsreihe zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm. Drei Module für Newcomer, Antragstellerinnen/Antragsteller und Projektmanagerinnen/Projektmanager stehen zur Verfügung. Nähere Informationen zu den Angeboten der FFG finden Sie unter Service auf Seite 47. ⏪

### Kontakt :

FFG – Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH  
Sensengasse 1  
1090 Wien  
www.ffg.at

DI Andrea Hoffmann  
Tel.: +43 05 7755-4401  
E-Mail: andrea.hoffmann@ffg.at

DI Susanne Dragosits  
Tel.: +43 05 7755-4403  
E-Mail: susanne.dragosits@ffg.at

# TRANSNASEC als „Missing Link“

**VERNETZT.** Gemeinsam ist man stärker, das gilt auch und besonders in der Sicherheitsforschung. Österreich – auch schon bisher Impulsgeber für Europas Sicherheit – will nun ein internationales, von der EU gefördertes Netzwerk aufbauen und koordinieren, das die einzelnen nationalen Sicherheitsforschungsprogramme der EU-Länder verbindet. ➤



Foto: PhotoDisc

Gegenwärtig findet die Sicherheitsforschung in Europa auf zwei Ebenen statt: auf nationaler, bei der jedes Land für seine Sicherheitsforschung selbst verantwortlich ist, und seit 2007 auf europäischer Ebene, mit dem European Security Research Programme (ESRP) als Teil des 7. Rahmenprogramms. Der Europäischen Kommission ist allerdings bewusst, dass zwischen diesen Bestrebungen ein Bindeglied fehlt.

Ein sogenanntes European Research Area Network (ERA-NET) soll hier Abhilfe schaffen. Mit dem BMVIT als Koordinator hat Österreich sich bereit erklärt, ein ERA-NET für die Sicherheitsforschung aufzubauen und zu koordinieren. Die TRANSNASEC (Transnational Security Research Initiative) ist als Pionierarbeit in der Sicherheitsforschung für vier Jahre geplant und soll innerhalb des 7. Rahmenprogramms, Bereich Zusammenarbeit im Themenschwerpunkt 10 („Sicherheit“), gestartet werden. Sie ist als ein Koordinationsinstrument gedacht, das von der Europäischen Kommission geför-

dert wird – mit dem Ziel, die verschiedenen nationalen Forschungsprogramme miteinander zu vernetzen und damit gemeinsame, zwischenstaatliche Forschungsinitiativen zwischen den Ministerien der beteiligten Länder auch über das 7. Rahmenprogramm hinaus anzuregen und zu unterstützen.

**DAS KONZEPT VON TRANSNASEC** beruht im Wesentlichen auf den Grundsätzen und Erfahrungen mit KIRAS: So wie in Österreich sieht das BMVIT auch bei der internationalen Zusammenarbeit an Projekten vor, die Anwender sowie die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften von Anfang an verpflichtend einzubeziehen. Durch die verschiedenen gemeinsamen Aktivitäten, wie Themenwahl, Evaluierung und urheberrechtliche Nutzung soll zusätzlich die Entstehung einer einheitlichen Vorgehensweise in Europa ermöglicht werden, die immer auch die Entwicklung auf europäischer Ebene (ESRP/ESRIF) berücksichtigt. Österreich wird bei TRANSNASEC neben der

Koordination des Netzwerkes auch das Management übernehmen. Zu den Aufgaben zählen unter anderem die Schaffung eines gemeinsamen Sekretariats und die Abstimmung der verschiedenen Arbeitspakete, in die das ERA-NET unterteilt ist.

„Wir sehen hier die Chance, einerseits KIRAS auf eine europäische Ebene zu heben, und andererseits einen fruchtbaren Austausch zwischen den teilnehmenden Staaten zu starten“, erzählt Ralph Hammer, Mitarbeiter der Stabsstelle für Technologietransfer und Sicherheitsforschung und Koordinator des ERA-NET-Antrags. Davon werde auch die Arbeit an KIRAS profitieren. Neben Österreich haben Deutschland, die Niederlande, Schweden, Großbritannien und Ungarn ihr Interesse an einer Mitarbeit bereits bekundet.

„Wir sehen die Chance, KIRAS auf eine europäische Ebene zu heben und einen fruchtbaren Austausch zwischen den teilnehmenden Staaten zu starten.“

RALPH HAMMER, BMVIT

**GRUNDSÄTZLICH STEHT DIE INITIATIVE AUCH ANDEREN TEILNEHMERN OFFEN.** Sie müssen dafür lediglich jene drei Voraussetzungen erfüllen, die für jedes andere ERA-NET gelten: Basis ist eine nationale Sicherheits- bzw. Sicherheitsforschungsstrategie oder noch besser ein eigenes Sicherheitsforschungsprogramm, das gerade umgesetzt wird, sich in der Endphase der Planung befindet oder schon läuft. Weiters müssen im TRANSNASEC-Konsortium des Landes die Eigentümer des Sicher-

heitsforschungsprogrammes und/oder dessen Betreiber vertreten sein, wobei der Europäischen Kommission laut Hammer die Teilnahme ersterer besonders wichtig ist. Dritte Voraussetzung ist ein ausreichendes Forschungsbudget. Für KIRAS zum Beispiel sind über die gesamte Laufzeit im Schnitt zehn bis zwölf Millionen Euro pro Jahr veranschlagt.

Im Juli 2008 startet die zweite Ausschreibung des ESRP, der Call FP7-SEC-2008-1, bei dem die Einreichung von TRANSNASEC geplant ist. Als Abgabeschluss ist Anfang Dezember 2008 vorgesehen, danach steht die Evaluierung durch die Europäische Kommission an. Hammer rechnet damit, dass die Verhandlungen mit der Kommission über Organisationskonzept, Kosten und Ressourcenverteilung Mitte Februar 2009 starten werden. Kommen sie zu einem erfolgreichen Abschluss, könnte dann im Juli mit der Arbeit begonnen werden.

**DERZEIT FUNKTIONIERT** die vorbereitende internationale Zusammenarbeit für TRANSNASEC sehr gut. Hammer führt das darauf zurück, dass die Sicherheitsforschung ein junges Forschungsgebiet ist, und dass das Interesse daran auch auf nationaler Ebene sehr groß ist. Die derzeit noch relativ geringe Anzahl an Partnerinnen und Partnern erleichtert die Zusammenarbeit ebenfalls. „Am Anfang steht der Informationsaustausch. Wir wollen erfahren, welche Pläne und Interessen die Partner in den kommenden Jahren verfolgen, was ihre großen Themen sind“, berichtet Hammer. Grundsätzlich gehen zwar alle Bestrebungen in die gleiche Richtung, allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Einige Staaten sind

## ERA-NET – Die Fakten

Das ERA-NET-Konzept wurde mit Beginn des 6. Rahmenprogramms ins Leben gerufen, um nationale Forschungsförderungsprogramme der EU- und der assoziierten Staaten miteinander zu vernetzen und zu koordinieren. Gleichzeitig sollen diese Programme gegenseitig für die Teilnehmer aus den anderen am Netzwerk beteiligten Ländern geöffnet werden. Dazu werden folgende Schritte angepeilt:

- Informationsaustausch
- Definition und Vorbereitung gemeinsamer Aktivitäten
- Implementierung gemeinsamer Aktivitäten
- Gründung gemeinsamer, transnationaler Forschung.

Inzwischen existieren rund 70 verschiedene

ERA-NETs, die Hunderte nationale Forschungsprogramme einbeziehen. Sie decken ein weites Gebiet ab, von Transport, Energie und Umwelt über Gesundheit von Menschen und Pflanzen bis hin zu Astrophysik und Sozialwissenschaften. Im 7. Forschungsrahmenprogramm wird das Prinzip der ERA-NETs nicht nur fortgeführt, es ist sogar verstärkt worden: Die EU unterstützt damit neue Aktivitäten; existierende Netzwerke können neuerlich um Unterstützung der Kommission ansuchen, um ihre Verflechtung zu erweitern bzw. zu festigen. Mit dem neuen „ERA-NET Plus“ fördert die Europäische Kommission außerdem mit zusätzlichen Mitteln die Organisation gemeinsamer Ausschreibungen zwischen nationalen Forschungsprogrammen.

stark forschungs- und entwicklungsorientiert, zum Beispiel im Bereich von Sensoren oder Schutzmaterialien. Andere legen ihr Hauptaugenmerk auf die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften. Österreich zum Beispiel deckt beide Felder ab.

Die Bandbreite der Themen ist zwar sehr groß, es soll dennoch verhindert werden, dass vom 7. Rahmenprogramm abgedeckte Bereiche doppelt beforscht werden. Im Prinzip ist vorgesehen, dass sich mindestens zwei Staaten zu einem Konsortium zusammenschließen und das für sie wichtige Thema gemeinsam bearbeiten. Dabei steht am Anfang das Schaffen einer einheitlichen Taxonomie. „Wir sind bei den Gesprächen und Verhandlungen mit unseren Partnerinnen und Partnern darauf gestoßen, dass zum Beispiel sogar unter Flughafensicherheit jeder etwas anderes versteht“, erzählt Hammer. „Die einen sagen: Die Checkpoint Security beginnt bei uns ab der Halle. Für andere wiederum beginnt sie hingegen schon auf dem Parkplatz bzw. vor dem Terminal.“

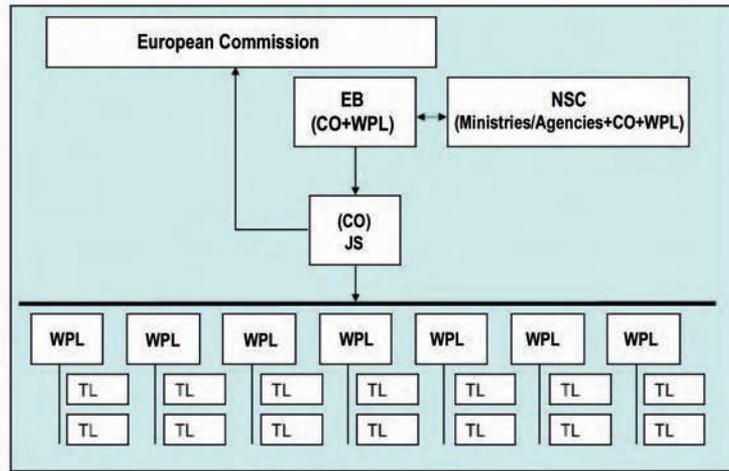
**DIESES DEFINITIONSPROBLEM** ist auch einer der Gründe, weshalb die Europäische Kommission die Texte in ihren Ausschreibungen relativ allgemein hält. Die Themen sind zwar abgegrenzt, gleichzeitig wird in den jährlichen Arbeitsprogrammen aber festgehalten, dass die Einreichungen zu einem gewissen Grad flexibel sein können. Zu groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass bei zu exakten Beschreibungen Missverständnisse auftreten, weil die Konsortialpartner unter ein und demselben Begriff sich etwas Unterschiedliches vorstellen.

Auch wenn die europäische Sicherheitsforschung sehr breit aufgestellt ist, so gibt es immer wieder Themen, die nicht ganz in die jährlich ausgearbeiteten Arbeitsprogramme passen, die sich zu weit von den Vorstellungen der Europäischen Kommission entfernen. Oft sind diese Projekte aber für mehr als nur ein Land von großem Interesse. Durch die geplante enge Zusammenarbeit von Forschung, Industrie und Anwendern im TRANSNASEC-Konsortium fällt es wesentlich leichter, Partner für weitere gemeinsame Themen zu finden. Es ist derzeit zwar noch Zukunftsmusik, aber das BMVIT hat schon bereits jetzt Maßnahmen für eine internationale Zusammenarbeit für die Zeit nach TRANSNASEC eingeplant: Es gibt ein Arbeitspaket mit der Aufgabe, die Entwicklung auf europäischer Ebene zu verfolgen, Verbindungsansätze zu suchen und den Bedarf an gemeinsamer Zusammenarbeit zu eruieren. „Wir würden TRANSNASEC nicht als wirklichen Erfolg werten, wenn nach seinem Ende tatsächlich Schluss mit der organisierten Zusammenarbeit wäre“, lautet Hammers Resümee. ◀

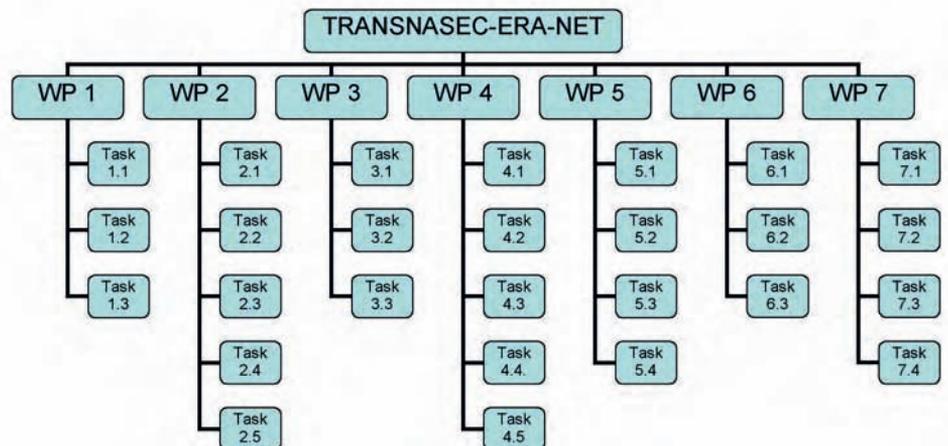


*TRANSNASEC soll die Koordination der Sicherheitsforschung europaweit unterstützen.*

# So funktioniert TRANSNASEC



- NSC: Das Network Steering Committee ist das strategische Entscheidungsgremium des ERA-NETs, bestehend aus ProgrammeigentümerInnen und -managerInnen.
- EB: Das Executive Board als operative Zentrale des Netzwerks setzt sich primär aus dem KoordinatorInnen (CO) und den einzelnen Arbeitspaketverantwortlichen (Work Package Leaders – WPLs) zusammen; es überwacht die Umsetzung des Netzwerks, unterhält die Kommunikation nach innen und außen (u. a. zur Europäischen Kommission) und bereitet strategische Entscheidungen für das NSC vor.
- JS: Das Joint Secretariat unterstützt die Tätigkeiten der Koordinatorin/des Koordinators.
- WPL: Work Package Leader sind für die fristgerechte Umsetzung der in den einzelnen Arbeitspaketen angestrebten Ziele verantwortlich. Sie koordinieren und vertreten die Tätigkeiten der Aufgabenverantwortlichen (Task Leaders – TLs) und arbeitet eng mit der Koordinatorin/dem Koordinator zusammen.
- WP: Das Arbeitspaket (Work Package) enthält etwa Informationsaustausch, gemeinsame Aktivitäten, Ausschreibungen, Management.
- Task: Jedes Arbeitspaket (WP) besteht aus mehreren untergliederten Aufgaben (Tasks), um das jeweilige Ziel des WP zu erreichen.



## Kontakt:

Bundesministerium für Verkehr,  
Innovation und Technologie  
Stabsstelle Technologietransfer und  
Sicherheitsforschung  
Dr. Ralph Hammer  
Renngasse 5  
1010 Wien  
Tel.: +43 1 711 62-65 2109  
E-Mail: ralph.hammer@bmvit.gv.at  
www.bmvit.gv.at

# Vom Antrag zur Förderung

**SERVICE.** Details zum Ablauf des österreichischen und des europäischen Sicherheitsforschungsprogrammes samt Links finden Sie hier. »

Informationen zu KIRAS und Antragsformulare finden Sie auf der KIRAS-Homepage. Nach Einreichung der vollständigen Projektanträge werden die Anträge formal geprüft. Bei einer positiven Bewertung erfolgt eine Evaluierung durch unabhängige Gutachterinnen und Gutachter. Sollte die Projektantragstellerin/der Projektantragsteller einen Antrag auf Klassifizierung stellen, wird dieser Antrag nach positiver Formalprüfung von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft FFG an den Nationalen Sicherheitsrat (NSR) weitergeleitet. Der NSR prüft, ob das Projekt mit bestehenden oder geplanten Systemen kompatibel ist und ob es wirklich als klassifiziert durchgeführt werden muss. Stellt der NSR fest, dass der Klassifizierungsantrag zu Recht gestellt wurde, erfolgt eine Prüfung durch den Kontrollbeauftragten, ob die Antragstellerin/der Antragsteller die Schutzmaßnahmen laut Informationssicherheitsverordnung ergriffen hat.

Nach erfolgter Inhaltsprüfung der Projektanträge werden diese zusammen mit den Stellungnahmen der Gutachterinnen und Gutachter der Jury vorgelegt. Diese reiht die Projekte und schlägt zugleich eine Förderhöhe für die erfolgreichen Projekte vor. Diese Empfehlung der Jury wird dem Lenkungsausschuss vorgelegt. Das BMVIT trifft dann die rechtsverbindliche Förderentscheidung. Die FFG ist für die Verständigung der Antragstellerinnen und Antragsteller ebenso wie Vertragsverhandlungen und -abschlüsse und die Abwicklung der Förderverträge verantwortlich.

**AUCH IM 7. FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM DER EU** ist Security ein Schwerpunkt mit eigenem Förderprogramm gewidmet. Zur Erleichterung der österreichischen AntragstellerInnen wird eine sogenannte Anbahnungsfinanzierung geboten. Sie deckt Kosten für Entstehung, Ausarbeitung und Einreichung von Projekten im Rahmenprogramm. Das erstmals von der FFG/EIP zentral abgewickelte Programm kofinanziert Personal-, Reise- und Aufenthaltskosten mit bis zu 75 Prozent der anerkekbaren Kosten. Anträge auf Anbahnungsfinanzierung müssen spätestens drei Wochen vor Deadline der jeweiligen EU-Ausschreibung bei der FFG eingereicht werden. Bei

der Anbahnungsfinanzierung gibt es je eine Linie für Wissenschaft und Wirtschaft. Der Förderablauf im EU-Rahmenprogramm ist ähnlich wie bei KIRAS, der Antrag wird allerdings ausschließlich elektronisch über das sogenannte „Electronic Proposal Submission System – EPSS“ gestellt.

Nach der Einreichung wird jeder Antrag durch die EU-Kommission mit der Unterstützung von externen Expertinnen und Experten individuell geprüft und beurteilt. Danach gibt es ein sogenanntes Consensus Meeting der Evaluatoren, bei dem die verschiedenen Bewertungen verglichen, diskutiert und analysiert werden. Die Expertinnen und Experten vergeben anschließend für jedes Projekt Punkte und beschreiben im Evaluation Summary Report, wie sie zu der Punkteanzahl gekommen sind. Am Ende werden die Projekte nach Punkten gereiht. Ob ein Projekt gefördert wird oder nicht, entscheidet dann endgültig die EU-Kommission. Am Schluss des Procederes steht ein Grant Agreement, eine Art Vertrag mit der Europäischen Kommission.

Eine Internetadresse, an der kein Weg vorbei führt, ist [cordis.europa.eu](http://cordis.europa.eu). Der Forschungs- und Informationsdienst der Kommission ist bei der Antragstellung von besonderer Bedeutung, da über ihn alle Antragsunterlagen zu den verschiedenen Ausschreibungen des Rahmenprogrammes heruntergeladen werden können und diese Seite auch den Zugang zum EPSS ermöglicht. Die Internetseite enthält zudem Datenbanken als zusätzliche Hilfen bei der Antragstellung. «

KIRAS-Homepage: [www.kiras.at](http://www.kiras.at)

„Sicherheitsforschung“, erste Ausgabe: [www.kiras.at/cms/aktuelles/pressespiegel/broschuere-sicherheitsforschung.html](http://www.kiras.at/cms/aktuelles/pressespiegel/broschuere-sicherheitsforschung.html)

FFG-Homepage: [www.ffg.at](http://www.ffg.at)

Informationen über das 7. Forschungsrahmenprogramm bei der FFG: <http://rp7.ffg.at/sicherheit>

Anbahnungsfinanzierung (FFG): <http://rp7.ffg.at/anbahnungsfinanzierung>

FFG Akademie/Europäische und Internationale Programme: [http://rp7.ffg.at/ffg\\_eip\\_akademie](http://rp7.ffg.at/ffg_eip_akademie)

Offizielle Homepage des 7. RP: <http://cordis.europa.eu/>

Die Arbeiten der Advisory Group mit Berichten und Empfehlungen: [http://ec.europa.eu/research/fp7/index\\_en.cfm?pg=eag](http://ec.europa.eu/research/fp7/index_en.cfm?pg=eag)



KIRAS, Programmmanagement:  
Österreichische  
Forschungsförderungsgesellschaft  
DI Johannes Scheer  
Tel.: +43 05 7755-5070  
E-Mail: [johannes.scheer@ffg.at](mailto:johannes.scheer@ffg.at)  
Christian Brüggemann  
Tel.: +43 05 7755-5071  
E-Mail: [Christian.Brueggemann@ffg.at](mailto:Christian.Brueggemann@ffg.at)  
[www.ffg.at](http://www.ffg.at)



Bundesministerium für Verkehr,  
Innovation und Technologie  
Stabsstelle für Technologietransfer  
und Sicherheitsforschung  
MR Dr. Gernot Grimm  
Tel.: +43 1 711 62-65 3128  
E-Mail: [gernot.grimm@bmvit.gv.at](mailto:gernot.grimm@bmvit.gv.at)  
[www.bmvit.gv.at](http://www.bmvit.gv.at)



Siebentes Forschungsrahmenprogramm  
Nationale Kontaktstelle: Österreichische  
Forschungsförderungsgesellschaft  
DI Andrea Hoffmann  
Tel.: +43 05 77 55-4401  
E-Mail: [andrea.hoffmann@ffg.at](mailto:andrea.hoffmann@ffg.at)  
DI Susanne Dragosits  
Tel.: +43 05 7755-4403  
E-Mail: [susanne.dragosits@ffg.at](mailto:susanne.dragosits@ffg.at)  
[www.ffg.at](http://www.ffg.at)